

Sozialberichterstattung  
Gesellschaftliche Trends  
Aktuelle Informationen

Eine **gesis** Publikation

## Inhalt

Jeder fünfte Erwerbstätige ist aus beruflichen Gründen mobil	1
Große Disparitäten im Einkommen mit dem Einkommen	6
„Social Reporting in Europe: Different Ways of Adding Meaning to Numbers“ Konferenzbericht	10
Bekenntnis zur Demokratie, Straffreiheit und Sprachkenntnisse wichtiger als Abstammung	11
„20 Jahre Fall der Mauer – (Zwischen-)Bilanz der Lebensverhältnisse in Deutschland“ Veranstaltungshinweis	15
Call for Papers: Soziale Indikatoren im Rahmen des XVII. Weltkongresses für Soziologie	16

## Jeder fünfte Erwerbstätige ist aus beruflichen Gründen mobil

### Berufsbedingte räumliche Mobilität im Vergleich

*Der Arbeitsmarkt verlangt den Erwerbstätigen heute nicht nur Flexibilität, sondern auch häufig räumliche Mobilität ab – mit steigender Tendenz. Dabei gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, mobil zu werden, vom täglichen Fernpendeln bis zum Fernumzug. Der Wunsch, soziale Kontakte sowie das gewohnte Umfeld zu behalten, lässt die Mehrzahl der Mobilen eine Form von Pendelmobilität wählen. Diese Art der Mobilität hat jedoch auch Konsequenzen für das private Leben und ist zum Beispiel mit Elternschaft schwer zu vereinbaren. Für das Berufsleben hat Mobilität eine ambivalente Bedeutung. Auf der einen Seite kann sie sich positiv auf Beruf und Karriere auswirken, auf der anderen Seite dient sie oft nur dazu, sozialen Abstieg zu verhindern oder Arbeitslosigkeit zu vermeiden.*

Der Beruf kann dem Berufstätigen aus verschiedenen Gründen Mobilität abverlangen: Oft muss eine große Distanz zum Arbeitsplatz überwunden werden, etwa nach einem Berufs- oder Betriebswechsel. In manchen Tätigkeiten müssen regelmäßig Filialen, Auftraggeber oder Kunden aufgesucht werden. Andere Berufe werden zum Beispiel projektbedingt an wechselnden Arbeitsplätzen ausgeübt. Wieder andere sind im Transportwesen angesiedelt. Wie viele Menschen betrifft das? Hat berufsbedingte räumliche Mobilität zugenommen? Welche Konsequenzen hat sie für das Privatleben? Welche Rahmenbedingungen spielen dabei eine Rolle, und welche Unterschiede gibt es zwischen verschiedenen Mobilitätsformen? Diese Fragen werden für die erwerbstätige Bevölkerung in Deutschland beantwortet. Dort, wo es aufschlussreiche Unterschiede gibt, werden Vergleiche zu anderen europäischen Gesellschaften gezogen, für die vergleichbare Daten vorliegen.

Grundlage der hier präsentierten Ergebnisse sind die Daten des EU-finanzierten Forschungsprojektes „Job Mobilities and Family Lives in Europe“, an dem Partner aus Deutschland, Frankreich, Spanien, Polen, Belgien und der Schweiz beteiligt waren. In allen sechs Ländern wurde 2007 eine repräsentative standardisierte telefonische Befragung mit insgesamt 7.220 Interviews durchgeführt, davon 1.663 in Deutschland. Grundgesamtheit war die Wohnbevölkerung im Alter von 25 bis 54

Jahren.<sup>1</sup> Die Projektlaufzeit begann im Februar 2006 und endete im Oktober 2008.

Zumindest auf dem täglichen Weg zur Arbeit ist quasi jeder Erwerbstätige auch beruflich mobil. Allerdings ist davon auszugehen, dass erst ab einer bestimmten Intensität an Mobilität die Einflussnahme auf das Berufs- und Privatleben ein signifikantes Ausmaß annimmt. Hieran orientiert sich die Wahl von Schwellenwerten zur Erfassung von Mobilität. Im Falle von Umzugsmobilität bzw. residenteller Mobilität ist dabei die Distanz zum letzten Wohnort entscheidend, die verhindert, dass das private Leben weiterhin in den gleichen Räumen, Netzwerken und Organisationen stattfinden kann. Im Falle anderer Formen von Mobilität, die hier als zirkuläre Mobilität zusammengefasst werden, ist der Verlust an Zeit ausschlaggebend, der durch die fortwährend wiederkehrende (Pendel-) Mobilität entsteht. Diesen Kriterien folgend wird als mobil definiert, wer mindestens einer der folgenden drei Kategorien angehört:

- Umzugsmobile oder auch residenziell Mobile sind innerhalb der letzten drei Jahre aus beruflichen Gründen über eine Distanz von mindestens 50 km umgezogen – innerhalb eines Landes oder grenzüberschreitend.
- Fernpendler sind beim täglichen Pendeln zur Arbeit hin und zurück mindestens 120 Minuten unterwegs und pendeln mindestens dreimal pro Woche.
- Übernächter haben berufsbedingt im vergangenen Jahr mindestens 60 Übernäch-

**Tabelle 1: Mobilitätserfahrungen in sechs Ländern (in Prozent)**

	Deutschland	Frankreich	Spanien	Schweiz	Polen	Belgien
derzeit mobil	19	15	14	13	15	17
in der Vergangenheit mobil	31	36	38	38	21	25
Summe der Mobilitätserfahrungen*	49	51	52	51	37	42
zirkulär mobil	68	65	83	73	76	87
residenziell mobil	22	27	12	18	12	11
residenziell und zirkulär mobil	9	8	6	9	12	2
gesamt (alle derzeit Mobilien)	100	100	100	100	100	100

Anteile beziehen sich auf alle Erwerbstätigen (Zeile 1-3) bzw. auf alle mobilen Erwerbstätigen in den jeweiligen Ländern. Ungewichtete Fallzahlen für Erwerbstätige: n=1400 (Deutschland); n=1053 (Frankreich); n=939 (Spanien); n=887 (Schweiz); n=853 (Polen); n=951 (Belgien). Daten gewichtet.

\* Wert weicht aufgrund von Rundungseffekten von der Summe aus Zeile 1 und 2 ab.

Datenbasis: Job Mobilities and Family Lives in Europe 2008, eigene Berechnung

tungen außer Haus verbracht (sei es durch Wochenendpendeln über das Jahr verteilt, sei es am Stück als Saisonarbeiter, sei es auf unregelmäßigen Reisen). Auch Menschen in Fernbeziehungen werden dazu gezählt, sofern es berufliche Gründe sind, aus denen die beiden entfernt liegenden Haushalte nicht zusammengelegt werden.

### Mobilitätserfahrungen sind weit verbreitet

Gemäß dieser Definition sind 16% der Befragten, also der 25- bis 54-jährigen Wohnbevölkerung, in Deutschland mobil. Betrachtet man ausschließlich die Erwerbstätigen, erhöht sich der Anteil auf 19%. Damit sind die deutschen Erwerbstätigen mobiler als die Erwerbstätigen in den übrigen fünf untersuchten Ländern. Die Länderunterschiede sind insgesamt aber eher gering. Das niedrigste Niveau zeigt sich für die Schweiz mit einer Mobilitätsrate von 13% unter den Erwerbstätigen. Im Folgenden beziehen sich sämtliche Analysen auf die Gruppe der Erwerbstätigen.<sup>2</sup>

Die Frage, wie viele Menschen von Mobilität betroffen sind, kann aber auch anders gestellt werden. Zum einen können zurückliegende Mobilitätserfahrungen mit einbezogen werden. Das erscheint sinnvoll, da vergangene Mobilität sich zum Beispiel in der Partner- oder Familienbiographie nachhaltig auswirken kann. 31% der erwerbstätigen Deutschen sind zwar aktuell nicht mehr beruflich mobil, waren es aber in der Vergangenheit. Aus dieser Sicht lässt sich argumentieren, dass über die 19% aktuell Mobilien hinaus weitere 31% in der Vergangenheit bereits einmal mobil waren und somit jeder zweite Erwerbstätige in Deutschland Mobilitätserfahrungen gemacht hat (Tabelle 1).

Zum anderen ist es möglich, die Mobilitätserfahrung im Familiennetzwerk zu betrachten. Vor allem der Partner des Mobilien ist von der Mobilität mit betroffen. Dies gilt in hohem Maße bei residenzieller Mobilität (bei der der Partner meist mit umzieht), aber auch bei zirkulärer Mobilität, beispielsweise für die Familienplanung oder die Arbeitsteilung im Haushalt. 6% der Er-

werbstätigen in Deutschland sind zwar (aktuell) nicht selbst beruflich mobil, haben aber einen mobilen Partner. Aus dieser Perspektive sind unter den Erwerbstätigen insgesamt 25% durch aktuelle Mobilität betroffen – sei es die eigene, sei es die des Partners. Fasst man alle Personen zusammen, die entweder selbst mobil sind oder mobil waren oder aktuell einen mobilen Partner haben, so machen diese einen Anteil von 54% unter den erwerbstätigen Deutschen aus. Für die anderen untersuchten Länder ergeben sich sehr ähnliche Anteile.

### Mobilität hat zugenommen

Da sich die vorliegende Studie bislang auf einen Querschnitt beschränkt, kann eine Zu- oder Abnahme von Mobilität nur aus dem Vergleich von Altersgruppen abgelesen werden, insoweit sich Unterschiede zwischen diesen plausibel als Kohorteneffekte (und nicht als Lebenszykluseffekte) interpretieren lassen. Dazu werden die Altersgruppen hinsichtlich ihres Anteils an Mobilitätserfahrenen verglichen: also des Anteils derer, die angeben, entweder aktuell oder in der Vergangenheit einmal mobil gewesen zu sein. Die Gefahr von Verzerrungen durch Erinnerungseffekte bei den Antworten auf die retrospektiven Fragen halten wir für gering, da Mobilität eine prägende und gut erinnerbare

Erfahrung sein dürfte. Die so gemessenen Mobilitätserfahrungen müssten in jeder einzelnen Kohorte mit steigendem Alter zunehmen, denn je länger Erwerbsbiographien andauern, desto mehr Gelegenheiten gibt es, zusätzliche Mobilitätserfahrungen zu sammeln, während man die einmal gemachten Mobilitätserfahrungen nicht wieder verlieren kann. Unterstellt man, dass jede Generation den gleichen Mobilitätsanforderungen ausgesetzt ist und die gleiche Bereitschaft zeigt mobil zu werden, muss die Mobilitätserfahrung unter den älteren Altersgruppen höher sein als unter den jüngeren.

Dennoch haben die jüngsten untersuchten Erwerbstätigen in Deutschland (25 bis 34 Jahre) genauso häufig Mobilitätserfahrung gemacht (49%) wie die ältesten (45 bis 54 Jahre). Die mittlere Altersgruppe (der 35- bis 44-Jährigen) weicht davon unwesentlich ab (48%). Dieses Ergebnis ist grundsätzlich noch erklärbar, ohne einen Generationenunterschied zu unterstellen: Demnach dürfte Mobilität in jeder Biographie stets nur in den ersten Berufsjahren (bis zum 35. Lebensjahr) stattfinden, und niemand würde jenseits dieser Altersgrenze noch zusätzliche Mobilitätserfahrung sammeln. In der Tendenz konzentriert sich Mobilität tatsächlich auf die jüngere Lebensphase, allerdings nicht so ausschließlich (Tabelle 2). Daher muss angenommen werden, dass die jüngeren Kohorten mehr Mobilitätserfahrungen sammeln und dadurch den Altersvorsprung der älteren „kompensieren“. Dafür spricht auch, dass Untersuchungen auf der Basis der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit zu dem Ergebnis kommen, dass das Kreisgrenzen überschreitende Pendelaufkommen zugenommen hat (z.B. Haas/Hamann 2008).

In anderen untersuchten Ländern zeigt sich ein eindeutigeres Bild, denn hier haben die jüngeren Erwerbstätigen bereits mehr Mobilitätserfahrung gesammelt als die älteren. Das trifft vor allem in Belgien und Spanien zu: In Belgien gibt es 44% Mobilitätserfahrene unter den Jüngeren, aber nur 32% unter den Älteren. In Spanien ist der Abstand mit 54% und 45% ähnlich deutlich. Diese Konstellation ist nur erklärbar, wenn ein starker Kohorteneffekt unterstellt wird: Die jüngere Kohorte ist mobiler als es

**Tabelle 2: Anteile beruflich Mobiler in verschiedenen sozio-demografischen Gruppen (%)**

	Deutschland	Frankreich	Spanien	Schweiz	Polen	Belgien
25-34 Jahre alt	26	21	19	15	23	19
35-44 Jahre alt	17	14	12	14	11	17
45-54 Jahre alt	15	12	10	11	10	16
mit Haupt- oder Real-						
schulabschluss	15	11	12	9	10	17
mit Abitur	17	13	13	17	15	15
mit Hochschulabschluss	33	22	18	19	23	21
Männer	24	19	15	17	18	23
Frauen	13	11	12	7	13	10

Anteile beziehen sich auf alle Erwerbstätigen in den jeweiligen Ländern. Ungewichtete Fallzahlen: n=1400 (Deutschland); n=1053 (Frankreich); n=939 (Spanien); n=887 (Schweiz); n=853 (Polen); n=951 (Belgien). Daten gewichtet.

Datenbasis: Job Mobilities and Family Lives in Europe 2008, eigene Berechnung

die vorangegangenen im gleichen Alter waren. Zumindest für die untersuchten Länder ist somit ein Anstieg der Mobilität in den vergangenen zwei Jahrzehnten festzustellen.<sup>3</sup>

Erklärbar ist die Entwicklung unter anderem durch Tendenzen der Europäisierung und Globalisierung: Wenn Unternehmen auf internationalen statt auf regionalen Arbeitsmärkten Mitarbeiter rekrutieren, wenn sie auf internationalen statt auf regionalen Produktmärkten Kunden beliefern, entstehen mehr Anlässe für Mobilität. Diese Erklärung wird auch durch die Daten gestützt. Beschäftigte, die in Unternehmen mit Standorten in verschiedenen Ländern arbeiten, haben eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit mobil zu sein. Ein zweiter Grund dürfte in der zunehmenden Befristung von Beschäftigungen liegen. Befristete Anstellungen ziehen häufigere Jobwechsel und damit häufigere Wechsel des Arbeitsortes nach sich. Die fehlende Dauerhaftigkeit der Arbeitsverhältnisse kann dazu führen, dass Angestellte es bevorzugen, für die Dauer der nächsten Beschäftigung eine weite (Wochenend-)Pendelstrecke in Kauf zu nehmen. Die Annahmen werden durch die Tatsache gestützt, dass unter den befristet Beschäftigten mehr Menschen mobil sind als unter den übrigen Erwerbstätigen.

Daneben ist auch die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen von Bedeutung: Wenn von zwei Partnern in einer Partnerschaft immer häufiger beide einem Beruf nachgehen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass das Paar mit Mobilität konfrontiert wird. Gleichzeitig entfällt immer häufiger die Chance, eine andauernde zirkuläre Mobilität dadurch zu vermeiden, dass ein (nicht erwerbstätiger) Partner dem anderen hinterher zieht. Dadurch steigt nicht nur Mobilität insgesamt an; residenzielle Mobilität muss auch zunehmend durch zirkuläre ersetzt werden (vgl. Schneider et al. 2009).

### Zirkuläre Mobilität ist häufiger als residenzielle Mobilität

Zirkuläre Mobilität kommt schon heute deutlich häufiger vor als residenzielle. Nur 22% der mobilen Erwerbstätigen in Deutschland zählen zu den Umzugsmobilen. Aber 68% der Mobilen sind zirkulär mobil. Weitere 9% sind sowohl zirkulär als auch residenziell mobil. Noch stärker ist die Tendenz zirkuläre Mobilität zu bevorzugen in anderen untersuchten Ländern, insbesondere in Belgien und Spanien (Tabelle 1). Innerhalb der zirkulären Mobilitätsformen sind die Fernpendler die stärkste Gruppe: In Deutschland machen sie 37% der Mobilen aus.

Zirkuläre Mobilität erscheint somit als dominante Strategie der Erwerbstätigen, um den an sie gerichteten Mobilitätsanforderungen nachzukommen. Wenn etwa eine neue Arbeitsstelle weit entfernt liegt und sich die Distanz sowohl durch einen Umzug als auch durch tägliches oder wöchentliches Pendeln überbrücken lässt, fällt oftmals die Entscheidung gegen den Umzug. Das Eigenheim soll erhalten, die

Mitgliedschaft im Sportverein nicht beendet, die Schule und der Freundeskreis der Kinder nicht gewechselt und die Stelle des Partners oder der Partnerin nicht aufgegeben werden. Der Ausbau der Transportsysteme dürfte die Entscheidung für das Pendeln ebenfalls unterstützen; er ist aber gleichzeitig auch Folge der gestiegenen Nachfrage durch die Pendler. Die in Europa vorherrschende Bindung an das lokale Umfeld wird so in Einklang gebracht mit einem nach Flexibilität und Mobilität verlangenden Wirtschaftssystem. Der „mobile Immobiler“ ist zwar beruflich häufig unterwegs, jedoch weiterhin stark an den einmal gewählten Lebensmittelpunkt gebunden.

### Mobilitätsraten variieren mit Alter und Bildung

Dass sich im Vergleich von Altersgruppen Kohortenunterschiede bemerkbar machen, ist bereits ausgeführt worden. Daneben ist auch ein Lebenszykluseffekt erkennbar. Jüngere Erwerbstätige (im Alter von 25 bis 34 Jahren) sind deutlich mobiler als ältere (Tabelle 2). Weitere Unterschiede werden deutlich, wenn die einzelnen Mobilitätsformen in den Blick rücken. Während Fernpendler und Übernächter weniger eindeutig bestimmten Altersgruppen zuzuordnen sind, konzentrieren sich vor allem Umzugsmobile eindeutig auf die Jüngeren. Diese Zusammenhänge untermauern die zuvor skizzierte Bedeutung zirkulärer Mobilität. Ältere Menschen sind tendenziell privat stärker gebunden. Sie haben bereits Familien gegründet, Wohneigentum erworben und sind in lokalen Netzwerken integriert. Zudem ist eine berufliche Umorientierung in fortgeschrittenen Erwerbsbiographien eher selten. Residenzielle Mobilität ist damit in der Phase der beruflichen Etablierung am wahrscheinlichsten.

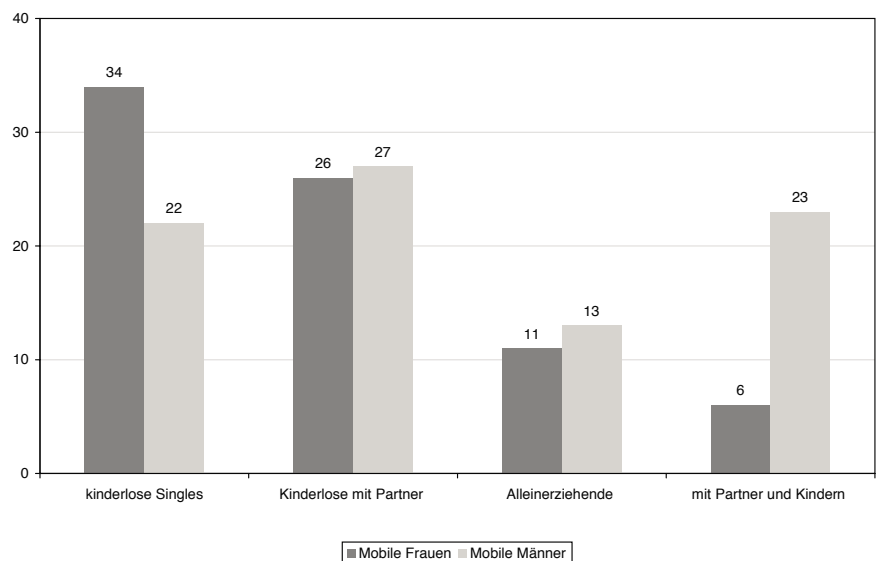
Auch die Bildungsunterschiede sind stark ausgeprägt. Der Anteil berufsbedingt Mobiler unter Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss ist deutlich höher als der unter Erwerbstätigen mit anderen Bildungsabschlüssen. Allerdings gibt es kaum Unterschiede zwischen den niedrigeren und mittleren Bildungsabschlüssen (Tabelle 2).<sup>4</sup> Die hier beschriebenen Unterschiede gelten für die übrigen untersuchten Länder in ähnlicher Weise.

### Elternschaft ist schwer vereinbar mit Mobilität – insbesondere für Frauen

Berufsbedingte räumliche Mobilität erscheint auf den ersten Blick ein eindeutig männlich dominiertes Phänomen (Tabelle 2). Dies ist zum Teil in der Tatsache begründet, dass Frauen häufiger in Teilzeit erwerbstätig sind als Männer, denn in Teilzeitbeschäftigungen ist berufsbedingte Mobilität generell selten. Doch auch unter Vollzeitbeschäftigten sind Männer noch häufiger mobil als Frauen. Darüber hinaus zeigen sich unterschiedliche Präferenzen für Mobilitätsformen: Bei Fernpendlern ist der Geschlechterunterschied schwächer ausgeprägt, bei Übernächtern ist der Männerüberhang besonders deutlich.

Diese Befunde stellen sich noch einmal anders dar, wenn man das Vorhandensein von Partnern und Kindern in die Analyse miteinbezieht (Grafik 1). Kinderlose Frauen sind in Deutschland nicht nur gleich häufig, sondern sogar häufiger mobil als kinderlose Männer. Während die Mobilität von Männern aber von der Familienform weitgehend unabhängig ist, wird die der Frauen durch das Vorhandensein von Kindern stark reduziert. Dies verweist zum einen darauf, dass Familienarbeit nach wie vor überwiegend von Müttern geleistet wird, und zum anderen

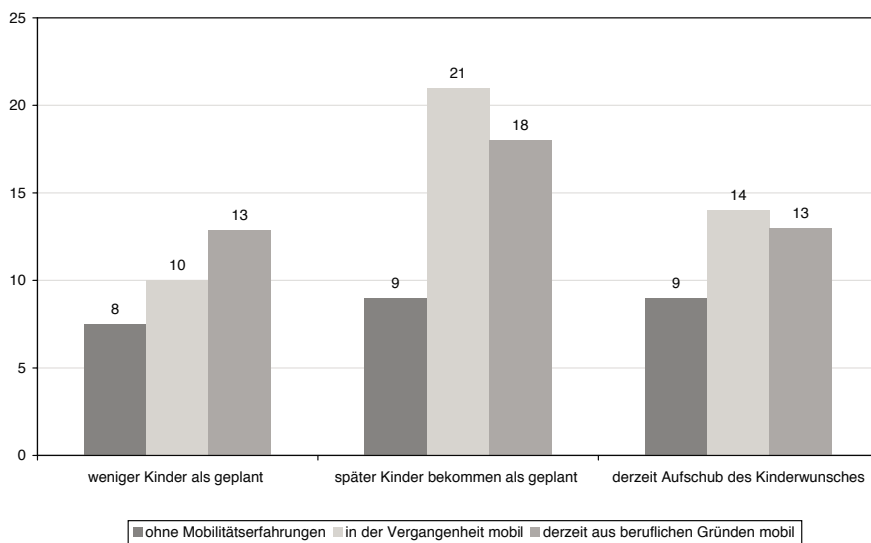
**Grafik 1: Anteile Mobiler unter Frauen und Männern in verschiedenen Lebensformen in Deutschland (%)**



Die Analyse bezieht sich auf alle Erwerbstätigen in Deutschland. Ungewichtete Fallzahlen für Frauen: n=91 (kinderlose Singles); n=169 (kinderlose mit Partner); n=408 (mit Partner und Kindern). Ungewichtete Fallzahlen für Männer: n=121 (kinderlose Singles); n=147 (kinderlose mit Partner); n=326 (mit Partner und Kindern). Gewichtete Daten.

Datenbasis: Job Mobilities and Family Lives in Europe 2008, eigene Berechnung

**Grafik 2: Mobilitätserfahrungen und Familienplanung in Deutschland (%)**



Die Analyse bezieht sich auf alle Erwerbstätigen in Deutschland. Ungewichtete Fallzahlen für „weniger Kinder als geplant“: n=105 (mobil); n=183 (in der Vergangenheit mobil); n=260 (nicht mobil). Ungewichtete Fallzahlen für „später Kinder bekommen als geplant“: n=175 (mobil); n=275 (in der Vergangenheit mobil); n=413 (nicht mobil). Ungewichtete Fallzahlen für „derzeit Aufschub des Kinderwunsches“: n=69 (mobil); n=93 (in der Vergangenheit mobil); n=151 (nicht mobil). Gewichtete Daten.

Datenbasis: Job Mobilities and Family Lives in Europe 2008, eigene Berechnung

auf Vereinbarkeitsprobleme von Mobilität und aktiver Elternschaft. Diese Zusammenhänge sind in Deutschland stärker ausgeprägt als in den übrigen untersuchten Ländern.

Mobile Eltern sehen sich einer Dreifachbelastung ausgesetzt. Neben dem Familienleben und der („normalen“) Berufsarbeit muss Mobilität organisiert werden. Die dafür aufzubringende Zeit fehlt in den anderen Bereichen. Die Vereinbarkeitsproblematik ist unter Umständen größer als der Kinderwunsch und schlägt sich so in der Familienplanung nieder. Die Zustimmung zu den drei Aussagen „Berufliche Gründe haben dazu geführt, dass Sie heute weniger Kinder haben als Sie eigentlich einmal wollten“<sup>5</sup>, „Berufliche Gründe haben dazu geführt, dass sie später Kinder bekommen haben als Sie eigentlich einmal wollten“ und „Ihre berufliche Situation hält sie derzeit davon ab, weitere Kinder zu bekommen“<sup>6</sup> hängt von den erlebten Mobilitätserfahrungen ab (Grafik 2). Erwerbstätige Eltern, die noch nie in ihrem Leben mobil waren, geben deutlich seltener an, dass ihre Familienplanung durch ihre berufliche Situation beeinflusst wurde, als Erwerbstätige, die bereits mobil waren bzw. es noch sind. Dies gilt für alle Altersgruppen, wobei der Zusammenhang unter den jüngeren Befragten stärker ist. Wie die Befunde, die im vorherigen Abschnitt präsentiert wurden, nahe legen, berichten Frauen häufiger als Männer, dass die berufliche Situation ihre Familienplanung beeinflusst hat.

**Mobilität geht nicht immer mit beruflichem Erfolg einher**

Mobilität wird in der öffentlichen Meinung oftmals mit Karriere und beruflichem Erfolg verknüpft. Für diejenigen, die aus beruflichen

Gründen oft unterwegs sind, kaum Zeit zu Hause verbringen und überwiegend im Privatleben kürzer treten, sollte sich Mobilität beruflich lohnen. Umgekehrt gilt: Wer sich Mobilitätsanforderungen entzieht, wer nicht mobil werden kann oder will, wird beruflich Nachteile erleben. Die subjektiven Einschätzungen der Befragten zeigen ein eher ambivalentes Bild. So äußern Mobile und Nicht-Mobile in Deutschland etwa gleich häufig, nämlich in drei von vier Fällen, dass sie mit der eigenen finanziellen Situation zufrieden sind. Etwa 70% der Mobilen sind der Ansicht, ihre Mobilität verbessere die

Karrierechancen oder Verdienstmöglichkeiten. Damit sehen jedoch umgekehrt etwa 30% diese positiven Aspekte nicht. Zudem geben mehr als 60% unter den deutschen Mobilen an, dass ihre Mobilität – zumindest auch – existenzsichernde Gründe hat. Mobilität ist für den Befragten selbst oder seinen Partner die einzige Möglichkeit, überhaupt berufstätig zu sein (Tabelle 3). Nur ein Drittel der Mobilen bewertet Mobilität rein positiv als „Chance“; für die meisten ist sie eine „Notwendigkeit“, für einige sogar „Zwang“.

Mobilität scheint somit, zumindest aus subjektiver Sicht, für einen Teil der Bevölkerung positive Konsequenzen zu haben. Sie ist Chance auf beruflichen Erfolg und finanziellen Wohlstand. Sie ist aber oft auch Notwendigkeit, um Berufliches mit Privatem zu vereinbaren, und im ungünstigsten Fall Zwang, um überhaupt im Arbeitsmarkt verbleiben zu können. Dies trifft für alle untersuchten Länder zu. Die hier auf subjektive Aussagen gestützte Vermutung, dass Mobilität nicht per se mit beruflichem und finanziellem Erfolg verknüpft ist, bestätigt sich auch, wenn die berufliche Situation Mobiler und Nicht-Mobiler in Deutschland verglichen wird. Es zeigt sich, dass Mobile nicht häufiger Leitungspositionen innehaben als Nicht-Mobile (Grafik 3). Mobile sind zudem häufiger im Rahmen von befristeten Verträgen beschäftigt. Dies gilt für alle Altersgruppen, und es gilt auch für die übrigen untersuchten europäischen Länder in ähnlicher Weise.

**Es gibt Mobilitätsgewinner und -verlierer**

Wenn Mobilität nicht für alle Beschäftigten die gleichen Konsequenzen hat, stellt sich die Frage, welche Bevölkerungsgruppen eher von Mobilität profitieren und welche Mobilität als eher negativ erleben: Wer sind die „Mobilitätsgewinner“, wer sind die „Mobilitätsverlierer“? Um

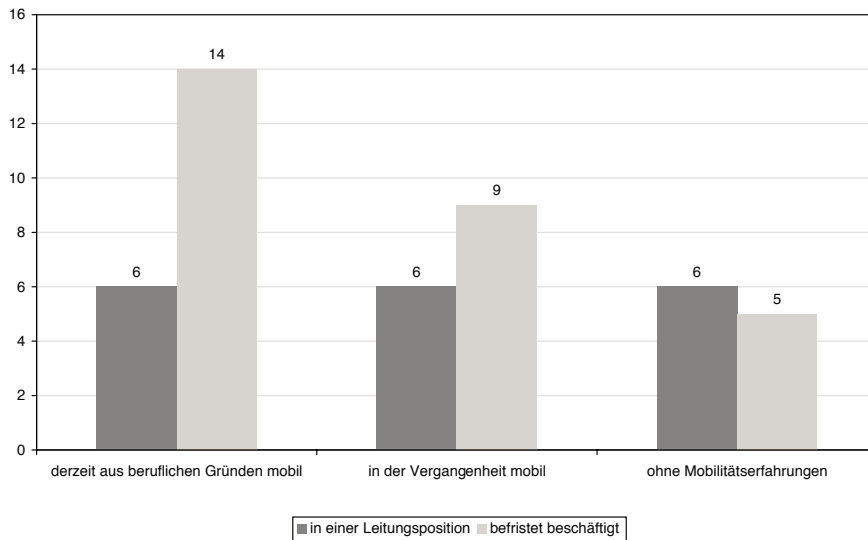
**Tabelle 3: Bewertung der eigenen Mobilität in sechs Ländern (%)**

	Deutschland	Frankreich	Spanien	Schweiz	Polen	Belgien
Mobilität ist die einzige Möglichkeit, dass Sie und Ihr(e) Partner(in) beide in Ihrem Beruf tätig sein können	61	48	50	40	58	53
Nur indem sie mobil sind, können Sie überhaupt Geld verdienen	64	44	46	46	74	41
Mobilität verbessert Ihre Karrieremöglichkeiten	69	60	70	64	83	67
Mobilität verbessert Ihre Verdienstmöglichkeiten	70	53	60	62	89	67
Sehen Sie Ihre berufliche Mobilität am ehesten als...						
...Chance	33	35	29	48	42	40
...Erfordernis	56	51	49	44	41	50
...Zwang	11	14	23	7	17	9

Anteile beziehen sich auf alle mobilen Erwerbstätigen in den jeweiligen Ländern. Ungewichtete Fallzahlen: n=398 (Deutschland); n=377 (Frankreich); n=439 (Spanien); n=347 (Schweiz); n=385 (Polen); n=386 (Belgien). Daten gewichtet.

Datenbasis: Job Mobilities and Family Lives in Europe 2008, eigene Berechnung



**Grafik 3: Berufliche Situation mobiler und nicht-mobiler Erwerbstätiger in Deutschland (%)**

Die Analyse bezieht sich auf alle Erwerbstätigen in Deutschland. Ungewichtete Fallzahlen für Leitungsposition: n=395 (mobil); n=398 (in der Vergangenheit mobil); n=589 (nicht mobil). Ungewichtete Fallzahlen für Befristung: n=396 (mobil); n=397 (in der Vergangenheit mobil); n=584 (nicht mobil). Gewichtete Daten.

Datenbasis: Job Mobilities and Family Lives in Europe 2008, eigene Berechnung

dieser Frage nachzugehen, wurde auf der Basis von drei Variablen ein Index gebildet. Sind die Befragten mit der eigenen finanziellen Situation unzufrieden? Wird Mobilität als Zwang erlebt? Ist Mobilität die einzige Möglichkeit, überhaupt einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können? Personen, die bei mindesten zwei dieser drei Fragen zustimmen, werden nach Giza-Poleszczuk/Stec (2008) zur Gruppe derer mit „Survival driven mobility“ zusammengefasst: Mobilität, die notgedrungen akzeptiert werden muss, um die ökonomische Existenz zu sichern, und als prekär angesehen werden muss. Für die übrigen wird unterstellt, dass die positiven Erfahrungen überwiegen, und das Etikett „Opportunity driven mobility“ vergeben.

Demnach können die Mobilitäts Erfahrungen von 24% der deutschen Mobilen als „survival driven“ angesehen werden. Damit liegt Deutschland im Mittelfeld der untersuchten Länder, zwischen denen sich deutliche Unterschiede zeigen: Während in der Schweiz (11%) und Belgien (13%) die Anteile gering sind, ist Mobilität in Polen wesentlich häufiger zur Sicherung des Überlebens erforderlich (33%). Insgesamt sind Frauen von prekären Mobilitäts Erfahrungen nur wenig stärker betroffen als Männer. Eindeutig ist der Zusammenhang mit Bildung. Insbesondere für Mobile mit niedrigen Bildungsabschlüssen ist Mobilität oftmals alternativlos, wird mit Zwang verbunden und schafft Berufsteilnahme, aber keine berufliche und finanzielle Verbesserung. Auch im Hinblick auf die Familienform gibt es Unterschiede. Während Kinderlose mit Partner am seltensten von problematischen Mobilitätsarrangements berichten, sind Alleinerziehende sehr stark betroffen.

Mobilität, mittlerweile von einigen Autoren bereits als weiteres Kennzeichen der Moderne

ausgemacht (vgl. etwa Urry 2007, Baumann 2003), wird mit dem Heranwachsen der jüngeren Generationen zunehmend zu einem selbstverständlichen Teil des Berufslebens werden. Dies gilt zumindest für weite Teile der Gesellschaft, vor allem für die Höherqualifizierten. Gleichzeitig bleiben Menschen aber bis auf weiteres ihrer regionalen Heimat und den sozialen Netzwerken, in die sie dort eingebunden sind, verbunden. Daher ist für die spätmodernen Gesellschaften eher die Pendelmobilität kennzeichnend als die Umzugsmobilität. Unterstützt wird dieser Trend dadurch, dass es den zunehmend verbreiteten Doppelverdienerpaaren oft nicht möglich ist, einen Wohnort zu wählen, der beiden Partnern das Pendeln über weite Strecken ersparen könnte.

Berufsbedingte räumliche Mobilität hat auf der einen Seite Vorteile für Teile der Bevölkerung. Mobilität erfüllt damit zum Teil die Verheißungen, die von den Visionären der mobilen Gesellschaft in Aussicht gestellt werden: Wohlstand und Wachstum. Auf der anderen Seite kann Mobilität alternativlos sein, wenn dadurch sozialer Abstieg verhindert wird. Dem mobilen Menschen eröffnen sich somit oftmals neue Erfahrungen und Möglichkeiten, sie können ihm aber auch gänzlich verschlossen bleiben.

Mobilität kann als Prekarisierung empfunden werden: als Zwang und Belastung, die das Organisieren von Beruf und Alltag zu einer Sisyphusarbeit werden lässt, neben der für Familie, Hobbys und freiwilliges Engagement kein Platz mehr bleibt. Wenn Mobilität auf individueller Ebene vielfach die Familienplanung beeinflusst, die Berufschance für Eltern einschränkt und zur Retraditionalisierung in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung führt, hat sie auch gesellschaftliche Konsequenzen für demografische Entwicklungen und die soziale

Ungleichheit. Es sind Maßnahmen von Politik und Arbeitgebern gefragt, die diese Entwicklungen abfedern können.

- 1 Weiterführend zu der Studie und den hier präsentierten Ergebnissen vgl. Schneider/Meil 2008 und Schneider/Collet 2009.
- 2 Erwerbstätige sind all jene, die einer bezahlten Tätigkeit nachgehen und damit einen nennenswerten Beitrag zu ihrem Haushaltseinkommen erzielen. Nach Selbstdefinition der Befragten kann das auch „Studentenjobs“, Aushilftätigkeiten o.ä. umfassen.
- 3 Der zeitliche Abstand von zwei Jahrzehnten ergibt sich aus dem Abstand der jüngsten zur ältesten unterschiedenen Altersklasse: im Mittel 30 und 50 Jahre.
- 4 Um die Bildungsabschlüsse aller Länder miteinander vergleichen zu können, wurden sie dem ISCED-Code entsprechend zu einheitlichen Kategorien zusammengefasst. Hier sind der deutsche Real- und Hauptschulabschluss zusammengefasst.
- 5 Diese Aussage wurde nur Befragten vorgelegt, die 1966 oder davor geboren wurden.
- 6 Diese Aussage wurde nur Befragten vorgelegt, die nach 1966 geboren wurden.

- Baumann, Zygmunt, 2003: *Flüchtige Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Giza-Poleszczuk, Anna, Stec, Magdalena, 2008: *Poland – The Unfulfilled Mobility Potential*. S. 227-268 in: Schneider, Norbert F., Meil, Gerardo, (Hg.) 2008: *Mobile Living Across Europe I. Relevance and Diversity of Job-Related Spatial Mobility in Six European Countries*. Opladen: Barbara Budrich.
- Haas, Anette, Hamann, Silke 2008: *Pendeln – ein zunehmender Trend, vor allem bei Hochqualifizierten. Ost-West-Vergleich*. IAB-Kurzbericht, 06/2008, Nürnberg.
- Schneider, Norbert F., Collet, Beate, (Hg.) 2009: *Mobile Living Across Europe II. Causes and Consequences of Job-Related Spatial Mobility in Cross-National Perspective*. Opladen: Barbara Budrich, im Erscheinen.
- Schneider, Norbert F., Meil, Gerardo, (Hg.) 2008: *Mobile Living Across Europe I. Relevance and Diversity of Job-Related Spatial Mobility in Six European Countries*. Opladen: Barbara Budrich.
- Schneider, Norbert, Ruppenthal, Silvia, Lück, Detlev, 2009: *Beruf, Mobilität und Familie*. In: Burkart, Günter (Hrsg.): *Zukunft der Familie, Schwerpunkttheft der Zeitschrift für Familienforschung (ZfF)*, im Erscheinen.
- Urry, John, 2007: *Mobilities*. Cambridge, Malden: Polity Press.

■ **Silvia Ruppenthal, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden**  
Tel.: 0611 / 75-4664  
silvia.ruppenthal@detstatis.de

■ **Detlev Lück, Institut für Soziologie, Johannes Gutenberg-Universität, Mainz**  
Tel.: 06131 / 39-26632  
detlev.lueck@uni-mainz.de

# Große Disparitäten im Auskommen mit dem Einkommen

## Vergleichende Analysen zum materiellen Lebensstandard in der Europäischen Union

Mit der in den Jahren 2004 und 2007 erfolgten Erweiterung der Europäischen Union von 15 auf zunächst 25 und dann 27 Mitgliedsländer ist die Gemeinschaft in vielerlei Hinsicht heterogener geworden. Stärker noch als die so genannte Süderweiterung in den 1980er Jahren hat vor allem die Erweiterung um die früher staatssozialistischen osteuropäischen Länder auch das Wohlstandsgefälle innerhalb der Europäischen Union massiv vergrößert.<sup>1</sup> Diese Entwicklung stellt die Politik der europäischen Integration vor große Herausforderungen und wirft insbesondere die Frage auf, wie angesichts der gestiegenen Ungleichheit der Lebensverhältnisse die soziale Kohäsion über die Ländergrenzen hinweg gewährleistet und Interessenkonflikte in Grenzen gehalten werden können. Aus deutscher Perspektive stellt sich angesichts der ökonomischen Herausforderungen der zurückliegenden Jahre und einer für beachtliche Bevölkerungsteile weithin stagnierenden Realeinkommensentwicklung zudem die Frage, wo die Deutschen – gemessen an ihrem Lebensstandard – heute im Vergleich zu den übrigen Europäern stehen.

Gestützt auf verschiedene objektive und subjektive Indikatoren untersucht der vorliegende Beitrag, wie sich der materielle Lebensstandard in Deutschland im Vergleich zu den übrigen Mitgliedsländern der europäischen Union derzeit darstellt. Diese Fragestellung wird aus drei unterschiedlichen Untersuchungsperspektiven beleuchtet:

- Wie unterscheiden sich Niveau und Verteilung der Haushaltseinkommen?
- Wie verbreitet sind finanzielle Probleme und materielle Deprivationen, bzw. gibt es größere Teile der Bevölkerung, die hinter dem üblichen Lebensstandard zurückbleiben?
- Wie werden die tatsächlichen Einkommen subjektiv bewertet und inwieweit werden sie aus der Sicht der Bevölkerung in den verschiedenen Ländern als auskömmlich betrachtet?

Die dem Beitrag zugrunde liegenden empirischen Analysen stützen sich auf die Mikrodaten der „Community Statistics of Income and Living Conditions“ (EU-SILC) für das Jahr 2006<sup>2</sup> und umfassen 23 der gegenwärtig 27 EU-Mitgliedsländer.<sup>3</sup> Sofern nicht einzelne Länder betrachtet werden, wird für die nachfolgenden Analysen eine Klassifikation verwendet, die neben Deutschland lediglich zwei Ländergruppen ausweist: die EU-15-Länder ohne Deutschland sowie die im Rahmen der Osterweiterung der EU neu hinzugekommenen Mitgliedsländer in Osteuropa (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, Slowakische Republik, Tschechische Republik, Ungarn).

### Enorme Einkommensdisparitäten innerhalb der erweiterten Europäischen Union

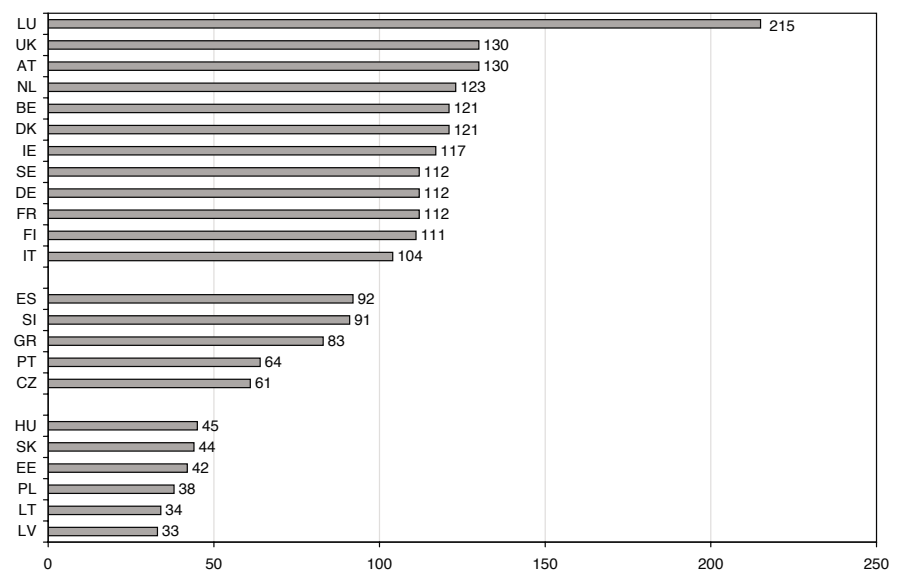
Die finanziellen Ressourcen der Haushalte und damit auch der von ihnen erreichbare und tatsächlich erreichte materielle Lebensstandard werden maßgeblich – wenn auch

nicht ausschließlich - durch ihre regelmäßigen Haushaltsnettoeinkommen determiniert. Legt man der vergleichenden Betrachtung – um den unterschiedlichen Haushaltsgrößen und -strukturen sowie Kaufkraftunterschieden zwischen den Ländern Rechnung zu tragen – in Kaufkraftparitäten (PPS) ausgedrückte Haushaltsäquivalenzeinkommen zugrunde<sup>4</sup>, so zeigen sich innerhalb der erweiterten Europäischen Union enorme Einkommensdisparitäten: In dem reichsten europäischen Land Luxemburg ist das am Median gemessene Durchschnittseinkommen der privaten Haushalte mehr als sechsmal so hoch wie in Lettland, dem ärmsten der hier berücksichtigten EU-Mitgliedsländer. Aber auch in Österreich und dem Vereinigten Königreich – als den nach Luxemburg einkommensstärksten Ländern – sind die verfügbaren Haushaltseinkommen noch viermal so hoch wie in Lettland.

Betrachtet man relative, auf den Median aller berücksichtigten Länder bezogene, Einkommenspositionen (Grafik 1), so lassen sich innerhalb der Europäischen Union drei durch ihr Einkommensniveau deutlich voneinander abgehobene Ländergruppen unterscheiden: Eine erste Gruppe umfasst zwölf Länder, die sich alle durch ein Einkommensniveau auszeichnen, das über dem EU-23-Median liegt. Außer Italien handelt es sich dabei ausschließlich um EU-15-Länder aus dem nördlichen und westlichen Europa. Deutschland erreicht ein Niveau von 112% des EU-23-Medians und befindet sich damit gleichauf mit Ländern wie Schweden, Frankreich und Finnland, rangiert aber deutlich hinter den bereits genannten einkommensstärksten EU-Ländern. Eine zweite Gruppe umfasst Länder mit einem mittleren Einkommensniveau von 61 bis 92 Prozent des EU-23-Medians. In diese Gruppe fallen neben drei südeuropäischen, die beiden wirtschaftlich erfolgreichsten mittel- bzw. osteuropäischen Länder, die Tschechische Republik und Slowenien. Der dritten Gruppe gehören insgesamt sechs Länder an, die alle ein Einkommensniveau von weniger als 50% des EU-23-Medians aufweisen und bei denen es sich ausnahmslos um osteuropäische Länder handelt. Das Einkommensniveau dieser vergleichsweise armen EU-Länder reicht von Ungarn mit 45% bis Lettland mit 33% des EU-23-Medians. Der bereits deutliche Einkommensrückstand dieser Länder würde bei der Verwendung von Wechselkursen anstelle von Kaufkraftstandards sogar noch akzentuierter ausfallen.

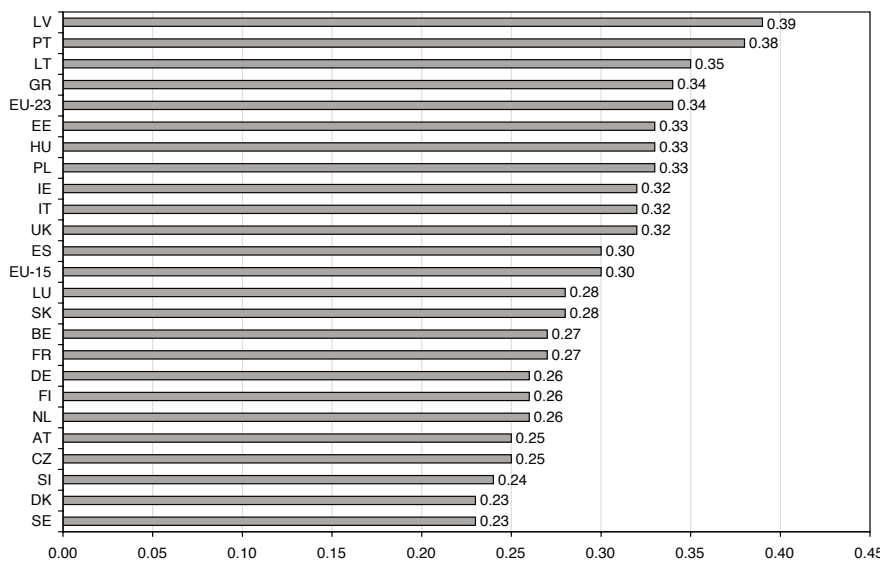
Für eine vergleichende Untersuchung des Lebensstandards ist neben dem durchschnittlichen Einkommensniveau auch die Verteilung der Einkommen von Bedeutung: Verfügen die Haushalte eines Landes überwiegend über ähnlich hohe Einkommen oder gibt es große Einkommensdiskrepanzen zwischen ärmeren und wohlhabenderen Bevölkerungsschichten?

**Grafik 1: Niveau der Haushaltsäquivalenzeinkommen – 2006 (in % des EU-23 Medians)**



Datenbasis: EU-SILC 2006 – eigene Berechnungen (Bezug: Personen in Haushalten)

**Grafik 2: Ginindex im europäischen Vergleich – 2006**



Datenbasis: EU-SILC 2006 – eigene Berechnungen (Bezug: Personen in Haushalten)

**Einkommensungleichheit in ost- und südeuropäischen Ländern am größten**

Verwendet man den Gini-Index, der zwischen 0 (völlige Gleichverteilung) und 1 (extreme Ungleichverteilung) variieren kann, als ein verbreitetes Maß zur Messung von Einkommensungleichheit, wird deutlich, dass die Europäische Union auch in dieser Hinsicht außerordentlich heterogen ist (Grafik 2). Während die Einkommensungleichheit in Ländern wie Lettland und Portugal mit Gini-Index-Werten von fast 0.40 beinahe das hohe Ungleichheitsniveau der USA erreicht, zeichnen sich Länder wie Schweden und Dänemark, Slowenien, die Tschechische Republik und Österreich mit Gini-Index-Werten von 0.25 oder darunter durch eine bemerkenswert egalitäre Verteilung der Haushaltseinkommen aus. Dabei fällt auf, dass es sich bei den Ländern mit einer hohen Einkommensungleichheit, d.h. einem Gini-Index von 0.30 oder darüber um südeuropäische, postsozialistische Gesellschaften oder um Länder handelt, die dem liberalen Typ des Wohlfahrtsstaates zugerechnet werden. Dagegen finden sich unter den Ländern mit einer vergleichsweise egalitären Einkommensverteilung außer der Tschechischen Republik und Slowenien, ausschließlich skandinavische Gesellschaften oder solche, die – wie z.B. Deutschland – dem konservativen Typ des Wohlfahrtsstaates entsprechen.

Für den Bereich der hier betrachteten EU-23-Länder insgesamt ergibt sich mit 0.34 ein beachtlich hoher Wert, der die großen Einkommensdisparitäten innerhalb der Union verdeutlicht. Im Bereich der EU-15-Länder sind die Einkommen etwas weniger ungleich verteilt (Gini-Index = 0.30) als in den postsozialistischen osteuropäischen Ländern (Gini-Index = 0.33). Dabei wird das Ausmaß der Einkommensungleichheit generell dadurch abgemildert, dass die Berechnung auf der Basis von Äquivalenzeinkommen und Kaufkraftstandards erfolgt.

Um das Wohlstandsgefälle und die Unterschiede im Lebensstandard näher zu beleuchten, wird die zunächst auf die Betrachtung von Ressourcen konzentrierte Untersuchungsperspektive im Folgenden erweitert und der Frage nachgegangen, wie die Deutschen im Vergleich zu anderen Europäern mit ihrem Einkommen auskommen. Neben dem Niveau und der Verteilung der Einkommen hängt das Auskommen und das erreichte Lebensniveau von verschiedenen anderen Faktoren ab, wie z.B. eventuell vorhandenem Vermögen, dem jeweiligen Bedarf verschiedener Haushaltskategorien sowie auch differentiellen Ansprüchen und mehr oder weniger sparsamen Lebensstilen. Wie gut oder schlecht die Haushalte mit ihrem Einkommen auskommen, kann anhand von verschiedenen objektiven und subjektiven Indikatoren gemessen werden, die auf Ergebnisse der Einkommensverwendung bzw. damit einhergehende Probleme und Defizite ausgerichtet sind. Informationen, die dazu in der EU-SILC-Erhebung vorliegen, beziehen sich auf finanzielle Probleme bzw. Zahlungsrückstände der Haushalte, das Unvermögen sich bestimmte Güter und Ausgaben leisten zu können, perzipierte finanzielle Belastungen sowie subjektive Bewertungen und Angaben dazu, wie man mit dem eigenen Einkommen zurechtkommt und wie hoch das Haushaltsein-

kommen mindestens sein müsste, „um gerade noch zurechtkommen“.

**Fast jeder zehnte deutsche Haushalt berichtet Zahlungsrückstände in vergangenen 12 Monaten**

Das Vorkommen von Zahlungsrückständen ist ein ‚harter‘ und unmissverständlicher Indikator dafür, dass Haushalte erhebliche Schwierigkeiten haben, mit den ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen auszukommen. Erhoben wurde das Vorkommen von Rückständen bei der Zahlung von Hypotheken und Mieten, Strom, Gas und Wasser sowie Raten von Konsumentenkrediten.

In Deutschland gaben 2006 7% der Haushalte an, mit derartigen Zahlungen innerhalb der zurückliegenden 12 Monate mindestens einmal in Verzug gewesen zu sein (Tabelle 1), darunter am häufigsten bei der Zahlung von Strom, Gas und Wasser. In den übrigen EU-15-Ländern stellt sich die Situation in der Regel ganz ähnlich dar wie in Deutschland. Dabei fällt allerdings ein Land – Griechenland – mit einem Anteil von 31% der Haushalte, die mindestens einmal Zahlungsrückstände aufgewiesen haben, völlig aus dem üblichen Rahmen. Erheblich höher als in Deutschland und den anderen EU-15-Ländern ist die Prävalenz von Zahlungsrückständen in den osteuropäischen EU-Ländern mit einem durchschnittlichen Anteil von 15% der Haushalte, die innerhalb des zurückliegenden Jahres mindestens einmal mit einer der genannten Zahlungen im Rückstand waren. Wie zu erwarten, nimmt die Häufigkeit von Zahlungsrückständen mit sinkendem Haushaltseinkommen zu: Von den Haushalten im untersten Einkommensquintil gaben in Deutschland 12% an, mindestens einmal mit Zahlungen im Verzug gewesen zu sein, in den übrigen EU-15-Ländern 15% und in den osteuropäischen EU-Ländern sogar 28%.

Neben dem Vorkommen von Zahlungsrückständen als einem Indikator für gravierende finanzielle Probleme eines Haushaltes geben auch Indikatoren der materiellen Deprivation Aufschluss über das Auskommen mit dem Einkommen und Defizite gegenüber dem allgemeinen Lebensstandard, die auf unzureichende finanzielle Ressourcen zurückzuführen sind. Mit diesem – ursprünglich durch den

**Tabelle 1: Zahlungsrückstände in europäischen Privathaushalten – 2006 (in %)**

	Deutschland		EU-15 ohne D		EU-Osteuropa	
	Gesamt	unterstes Einkommensquintil	Gesamt	unterstes Einkommensquintil	Gesamt	unterstes Einkommensquintil
Zahlungsrückstand bei:						
Strom, Wasser, etc.	5	8	5	10	13	26
Hypothek, Miete	2	4	4	7	2	5
Konsumentenkredit	2	3	2	4	3	5
Mindestens ein Zahlungsrückstand						
	7	12	8	15	15	28

Datenbasis: EU-SILC 2006 – eigene Berechnungen (Bezug: Haushalte)

**Tabelle 2: Deprivationen: Langlebige Gebrauchsgüter – Europa 2006 (in %)**

	Deutschland		EU-15 ohne D		EU-Osteuropa	
	Gesamt	unterstes Einkommensquintil	Gesamt	unterstes Einkommensquintil	Gesamt	unterstes Einkommensquintil
Es können sich nicht leisten:						
Auto	8	17	6	14	23	36
Computer	7	13	7	14	21	14
Fernseher	1	2	0	1	1	4
Waschmaschine	1	2	1	3	3	8
Telefon	0	1	1	2	4	11
Mindestens eines dieser Güter	12	24	12	25	34	54

Datenbasis: EU-SILC 2006 – eigene Berechnungen (Bezug: Haushalte)

britischen Armutsforscher Peter Townsend (1979) begründeten – Messansatz wird untersucht, ob sich die Haushalte bestimmte Ausgaben, Aktivitäten, Güter und Gebrauchsmittel, von denen angenommen wird, dass sie zum üblichen Lebensstandard gehören bzw. für ein „anständiges Leben“ und die Integration in die Gesellschaft als mehr oder minder notwendig erachtet werden, nach eigenen Angaben leisten können oder nicht.<sup>5</sup> Indikatoren der materiellen Deprivation, die auch im Kontext des so genannten „Social Inclusion Process“ der europäischen Politik eine Rolle spielen, zielen letztlich darauf ab, Abweichungen von einem „minimally acceptable way of life“ zu bestimmen (Atkinson et al 2002; vgl. auch Whelan et al. 2008).

Betrachtet man zunächst eine Auswahl von langlebigen Gebrauchsgütern, die Telefon, Fernseher, Waschmaschine, Computer und Auto umfasst, so zeigt sich, dass in Deutschland nur eine kleine Minderheit der Haushalte nicht über diese mittlerweile zum allgemeinen Standard gehörenden Güter verfügt, weil sie es sich nicht leisten kann (Tabelle 2). Nennenswerte Anteile von Haushalten, die angeben, sich diese Güter nicht leisten zu können, finden sich lediglich beim Auto mit 8% und Computer mit 7%. Für die übrigen EU-15-Länder ergibt sich ein ähnliches Muster wie für Deutschland, wobei in den beiden einkommensschwächsten und zudem durch ein hohes Maß an Einkommensungleichheit gekennzeichneten südeuropäischen Ländern Portugal und Griechenland der Anteil der Haushalte, die sich mindestens eines der Güter nicht leisten können, mit 27 bzw. 23% erheblich größer ist als in Deutschland und im Durchschnitt der übrigen EU-15-Länder. Auch für Irland und Finnland ist dieser Anteil mit 19 und 18% überraschend hoch. Am größten sind die Anteile der Haushalte, die sich die genannten Gebrauchsgüter nicht leisten können, erwartungsgemäß in den osteuropäischen Ländern. Während jedoch auch dort nahezu jeder Haushalt ein Telefon, eine Waschmaschine und einen Fernseher besitzt, gibt etwa jeder fünfte Haushalt in diesen Ländern an, sich kein Auto und keinen Computer leisten zu können.

Dass die so gemessene materielle Deprivation mit sinkendem Einkommen zunimmt, zeigt sich, wenn man den Blick auf die Haushalte richtet, die sich im untersten Einkommensquintil befinden: Von diesen einkommensschwachen Haushalten gibt in Deutschland und den übrigen EU-15-Ländern etwa jeder vierte an, sich mindestens eines der genannten Güter nicht leisten zu können, in den osteuropäischen Ländern gilt das sogar für mehr als jeden zweiten.

Das Niveau des materiellen Lebensstandards wird aber nicht nur durch den Besitz von langlebigen Gebrauchsgütern bestimmt, sondern hängt z.B. auch von den Wohnverhältnissen<sup>6</sup>, der Qualität der Ernährung, der Möglichkeit der Risikoabsicherung sowie darüber hinaus auch davon ab, welche über das Notwendigste hinausgehenden Annehmlichkeiten man sich leisten kann.

**Auch in den wohlhabenderen EU-Ländern materielle Deprivationen weit verbreitet**

Die EU-SILC-Datengrundlage umfasst dementsprechend auch Informationen dazu, ob es sich die Haushalte leisten können, ihre Woh-

nung angemessen zu heizen, mindestens jeden zweiten Tag eine Fleisch- oder Fischmahlzeit (bzw. ein vegetarisches Äquivalent) zu haben, unerwartete Ausgaben zu bestreiten und mindestens eine Woche pro Jahr Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen.<sup>7</sup>

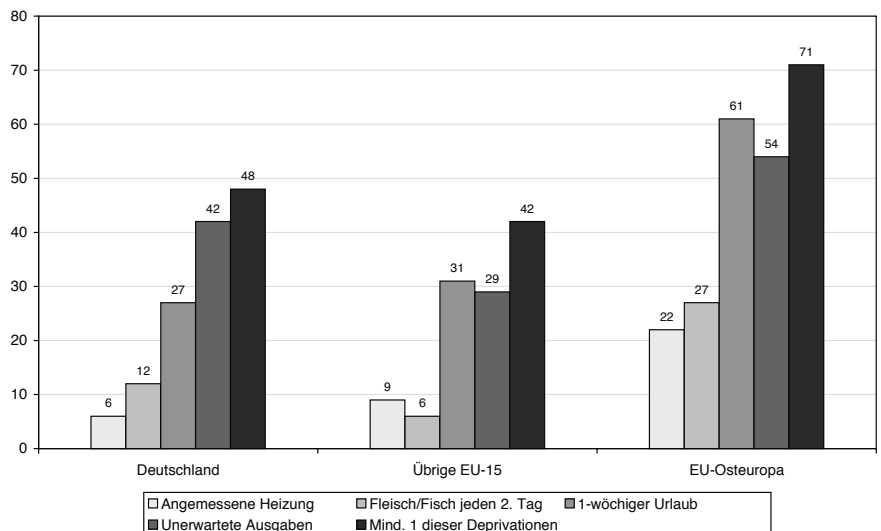
Die Ergebnisse sind mindestens insofern überraschend als sich zeigt, dass auch in den wohlhabenderen EU-Ländern materielle Deprivationen dieser Art bis in die Mitte der Gesellschaft weit verbreitet sind. In Deutschland gibt im Durchschnitt fast jeder zweite Haushalt an, sich mindestens eine der genannten Ausgaben nicht leisten zu können (Grafik 3), in den übrigen EU-15-Ländern sind es 42%. Ähnlich hohe Quoten wie in Deutschland ergeben sich für Spanien und Italien, während entsprechende Deprivationen in Ländern wie Luxemburg (21%), Schweden (24%) und den Niederlanden (30%) sehr viel seltener genannt werden. Unter den Haushalten im untersten Einkommensquintil steigt der Anteil derjenigen, die eine dieser Deprivationen berichten, in Deutschland sogar auf drei Viertel und in den übrigen EU-15-Ländern auf zwei Drittel aller Haushalte.

In den ärmeren osteuropäischen Ländern beläuft sich der Anteil der Haushalte, der von mindestens einer dieser materiellen Deprivationen betroffen ist, auf über 70% in der Gesamtbevölkerung und auf mehr als 90% im untersten Einkommensquintil.

**Unerwartete Ausgaben für mehr als 40% der deutschen Haushalte große Hürde**

In Deutschland stellt die angemessene Heizung der Wohnung offenbar nur für einen kleinen Teil der Haushalte ein Problem dar, aber der Anteil der Haushalte, die angeben, sich nicht mindestens jeden zweiten Tag eine Fleisch- oder Fischmahlzeit leisten zu können, ist mit 12% durchaus bemerkenswert und mehr als doppelt so hoch wie in den übrigen EU-15-Ländern. Angesichts der in Deutschland

**Grafik 3: Materielle Deprivationen: Ausgewählte Lebensstandardmerkmale (in %)**



Datenbasis: EU-SILC 2006 – eigene Berechnungen (Bezug: Haushalte)



**Tabelle 3: Subjektiv wahrgenommene finanzielle Belastungen (% „große Belastung“) – Europa 2006**

	Deutschland		EU-15 ohne D		EU-Osteuropa	
	Gesamt	unterstes Einkommensquintil	Gesamt	unterstes Einkommensquintil	Gesamt	unterstes Einkommensquintil
Rückzahlung						
Konsumentenkredite	30	48	30	38	34	52
Wohnkosten	24	34	27	41	35	51

Datenbasis: EU-SILC 2006 – eigene Berechnungen (Bezug: Haushalte)

traditionell hohen Sparquoten erscheint zudem überraschend, dass sich mehr als 40% (im untersten Einkommensquintil sogar 67%) der Haushalte, d.h. ein erheblich größerer Anteil als in den übrigen EU-15-Ländern, nicht in der Lage sehen, unerwartete Ausgaben (in Deutschland in Höhe von mindestens 830 Euro) zu bestreiten.<sup>8</sup> Dass sie es sich nicht leisten können, einmal im Jahr einen mindestens einwöchigen Urlaub zu verbringen, trifft auf etwas mehr als ein Viertel der deutschen Haushalte zu; in den übrigen EU-15-Ländern gilt das für gut 30% und in den osteuropäischen EU-Ländern für ca. 60% aller Haushalte. Der vergleichsweise niedrige Lebensstandard in den osteuropäischen Ländern kommt nicht zuletzt auch darin zum Ausdruck, dass dort der Anteil der Haushalte, die es sich nicht leisten können ihre Wohnung adäquat zu heizen und mindestens jeden zweiten Tag eine Fleisch- oder Fischmahlzeit zu haben, mit ca. 25% (unterstes Einkommensquintil 34 bzw. 48%) viel höher ist als im übrigen Europa.

Eine weitere Möglichkeit das Auskommen mit dem Einkommen zu untersuchen, besteht darin, sich auf die subjektiven Perzeptionen und Bewertungen der Haushalte selbst zu stützen. Im Rahmen des EU-SILC werden dazu verschiedene subjektive Indikatoren verwendet, die sich auf die Wahrnehmung von finanziellen Belastungen sowie die Einschätzung beziehen, inwieweit das Haushaltseinkommen den jeweiligen Bedarf zu decken vermag.<sup>9</sup> Subjektiv empfundene finanzielle Belastungen werden anhand einer dreistufigen Skala (keine – gewisse – große) im Hinblick auf die Wohnkosten sowie die Rückzahlung von Konsumentenkrediten gemessen. Dass diese Zahlungen große Belastungen darstellen, berichtet in Deutschland mit Bezug auf die Wohnkosten etwa jeder vierte Haushalt, und sogar nahezu jeder dritte empfindet die Rückzahlung von Konsumentenkrediten als große Belastung (Tabelle 3). Die entsprechenden Anteile steigen bei den einkommensschwachen Haushalten im untersten Quintil der Verteilung in Deutschland auf 34% (Wohnkosten) bzw. 48% (Konsumentenkredite). Im Vergleich zu den übrigen EU-15-Ländern werden die Wohnkosten in Deutschland im Allgemeinen seltener, die Rückzahlung von Konsumentenkrediten dagegen häufiger als große Belastung empfunden. Unter den EU-15-Ländern fallen Italien und Spanien mit weit über dem Durchschnitt liegenden Anteilen von sich finanziell belastet fühlenden Haushalten auf:

In beiden Ländern berichtet etwa jeder zweite Haushalt große Belastungen sowohl durch die Wohnkosten als auch bei der Rückzahlung von Krediten. In den osteuropäischen Ländern betrachtet jeweils etwa jeder dritte Haushalt – im untersten Einkommensquintil jeder zweite – die Wohnkosten und die Rückzahlung von Krediten als große Belastung.

Als ein ‚quasi-subjektiver‘ Indikator dafür, wie die Haushalte mit ihrem Einkommen auskommen, kann schließlich auch die Diskrepanz zwischen dem tatsächlichen Haushaltseinkommen und einem von den Haushalten im Hinblick auf die Deckung ihres spezifischen Bedarfs als mindestens erforderlich erachteten Haushaltseinkommen, herangezogen werden.<sup>10</sup> Die Beantwortung der Frage, ob und in welchem Umfang das tatsächliche Einkommen hinter dem subjektiv als mindestens erforderlich erachteten zurückbleibt, lässt Rückschlüsse darauf zu, wie gut oder schlecht die Haushalte nach eigener Beurteilung mit ihrem Einkommen „zurechtkommen“.

#### **Jeder vierte deutsche Haushalt bezieht ein Einkommen, das nach eigener Einschätzung nicht ausreicht, um damit „gerade noch zurechtkommen“**

Zieht man dafür zunächst den Anteil der Haushalte als Indikator heran, deren Haushaltseinkommen die für den eigenen Haushalt definierte Minimaleinkommensschwelle unterschreitet, zeigt sich, dass auch in den wohlhabenderen Ländern beachtliche Teile der Bevölkerung nicht oder nur schlecht mit ihrem Haushaltseinkommen zurechtkommen. Für Deutschland ergibt sich ein Anteil von 27% aller Haushalte, deren tatsächliches Einkommen hinter dem von ihnen selbst definierten Mindesteinkommen zurückbleibt.<sup>11</sup> In den übrigen EU-15-Ländern beträgt der Anteil 34% und in den osteuropäischen Ländern 51% aller Haushalte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das von den Haushalten definierte Mindesteinkommen nicht nur innerhalb, sondern auch zwischen den Ländern mit steigendem Einkommensniveau und Lebensstandard zunimmt<sup>12</sup> und sich darin differentielle Anspruchsniveaus sowie darüber hinaus möglicherweise auch kulturell variable Lebensweisen manifestieren.

Die Antwort auf die Frage, wie gut oder schlecht die Haushalte mit ihrem Einkom-

men auskommen, hängt allerdings nicht nur von der Höhe des Anteils der Haushalte ab, deren faktisches Einkommen niedriger als das selbstdefinierte Minimum ist, sondern auch von der Größe der Diskrepanz bzw. dem Ausmaß des Einkommensdefizits. Für die betroffenen Haushalte beträgt die Lücke zu dem Einkommen, das nach eigener Einschätzung mindestens benötigt würde, nach unseren Berechnungen in Deutschland durchschnittlich 25% des tatsächlich erzielten Haushaltsäquivalenzeinkommens, in den übrigen EU-15-Ländern 33% und in den osteuropäischen Ländern 45%.

Die Zusammenschau der Ergebnisse zeigt, dass die neuen, osteuropäischen EU-Mitgliedsländer in ihrer Mehrzahl gegenwärtig im Durchschnitt noch erhebliche Wohlstandsrückstände gegenüber den EU-15-Ländern aufweisen. Der Rückstand der osteuropäischen Länder manifestiert sich nicht nur im Niveau der Haushaltseinkommen, sondern zeigt sich auch an den erheblichen Schwierigkeiten der Haushalte, mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen auszukommen. Dementsprechend groß sind die Anteile der Haushalte, die Zahlungsrückstände und materielle Deprivationen aufweisen sowie ein Einkommen beziehen, das hinter dem als mindestens erforderlich erachteten zurückbleibt. Allerdings stellt sich die Situation für die Bevölkerung in Slowenien und der Tschechischen Republik – als den beiden wirtschaftlich stärksten neuen Mitgliedsländern – teilweise bereits besser dar als in Portugal und Griechenland, den beiden Ländern mit dem niedrigsten Lebensstandard innerhalb der EU-15. Deutschland nimmt im europäischen Wohlstandsvergleich vielfach eine Position ein, die in etwa dem Durchschnitt der übrigen EU-15-Länder entspricht und bleibt damit deutlich hinter der europäischen Spitze zurück, die – je nachdem welcher Indikator zugrunde gelegt wird – zumeist von Ländern wie Luxemburg, Schweden, Dänemark, den Niederlanden und Österreich gebildet wird.

1 Vgl. dazu auch Alber/Lenarz 2008.

2 EU-SILC (Community Statistics on Income and Living Conditions) ist ein Instrument, das im Rahmen des Europäischen Statistischen Systems (ESS) jährlich vergleichbare Mikrodaten zu Einkommen und verschiedenen Aspekten der Lebensbedingungen für die Mitgliedsländer der Europäischen Union sowie einige weitere europäische Länder bereitstellt. Die Erhebung wurde 2004 in ausgewählten Ländern begonnen und sukzessive ausgedehnt. Grundgesamtheit sind die Privathaushalte der Mitgliedsländer sowie alle Personen, die zum Befragungszeitpunkt in den Haushalten leben. Die Gesamtstichprobe umfasst mehr als 200.000 Haushalte. In den einzelnen EU-Ländern liegt die Stichprobengröße in der Erhebung von 2006 zwischen ca. 3.600 und 21.000 Haushalten; für Deutschland umfasst die Stichprobe in der Erhebung von 2006 13.799 Haushalte.

- 3 Bulgarien und Rumänien waren an den EU-SILC-Erhebungen des Jahres 2006 noch nicht beteiligt; die Daten für Malta liegen in dem verwendeten Datensatz nicht vor, und Zypern bleibt aufgrund von Unplausibilitäten bei einigen für unsere Analysen zentralen Variablen unberücksichtigt. Für die 23 berücksichtigten Länder wird im Folgenden der Einfachheit halber auch die Bezeichnung „EU-23“ verwendet.
- 4 Die Haushaltseinkommen werden zunächst in Kaufkraftstandards (EU-27; 2005) umgerechnet. Für die Äquivalenzgewichtung wird die sogenannte modifizierte OECD-Skala verwendet, die folgende Gewichte vorsieht: Erste Person im Haushalt »1«, weitere Personen unter 14 Jahre »0,3«, weitere Personen ab 14 Jahre »0,5«.
- 5 Materielle Deprivation wird aus dieser Perspektive verstanden als „enforced lack of ... items depicting material living conditions, such as housing conditions, possession of durables and capacity to afford basic requirements“ (Guio 2009).
- 6 Für einen europäischen Vergleich der Wohnverhältnisse vgl. Noll/Weick 2009.
- 7 Im Rahmen des Special Eurobarometer 279 (Wave 67.1, 2007) zum Thema „Poverty and Exclusion“ wurde untersucht, inwiefern es aus der Sicht der Bevölkerung im Hinblick auf ein anständiges Leben (decent standard of living) als notwendig erachtet wird, sich die hier genannten (und andere) Ausgaben leisten zu können. Die Antwortskala reicht von „absolut notwendig, niemand sollte ohne auskommen müssen“, über „notwendig“, „wünschenswert, aber nicht notwendig“ bis „überhaupt nicht notwendig“. Für Deutschland ergeben sich die folgenden Anteile der Befragten für die Antwortkategorien „absolut notwendig“ bzw. „notwendig“: Angemessene Heizung der Wohnung = 98%; unerwartete Ausgaben bestreiten zu können = 67%; Fleisch-/Fischmahlzeit mindestens jeden zweiten Tag = 63%; 1-wöchiger Urlaub = 27% (eigene Berechnungen).
- 8 Die vorgegebene Höhe der Ausgaben variiert von Land zu Land und entspricht 60% des Medians der jeweiligen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen.
- 9 Mit der in der EU-SILC-Erhebung enthaltenen Frage „Wie kommt Ihr Haushalt mit dem monatlichen Einkommen zurecht?“ wird das Auskommen mit dem Einkommen unmittelbar angesprochen. Es handelt sich dabei um ein Erhebungsinstrument („make ends meet“), das vor allem im angelsächsischen Raum verbreitet ist. Bedauerlicherweise weichen die Frageformulierungen, die in der deutschen Erhebung verwendet wurden und die sich zudem 2005 und 2006 unterscheiden, so stark von der englischsprachigen Formulierung ab, dass uns die diesbezüglichen Daten für vergleichende Analysen ungeeignet erscheinen.
- 10 Die diesbezügliche Frageformulierung lautet: „Denken Sie bitte an Ihre derzeitige Haushaltssituation insgesamt. Was ist Ihrer Meinung nach das geringste monatliche

Nettoeinkommen, das der Haushalt benötigt, um finanziell zurechtzukommen?“ Für den Vergleich mit dem tatsächlichen Haushaltseinkommen wurden die ermittelten Werte äquivalenzgewichtet und in Jahreseinkommen umgerechnet.

11 Das Haushaltsäquivalenzeinkommen dieser Haushalte erreicht in Deutschland 66% des nationalen Medianeinkommens und liegt damit knapp über der Armutsschwelle. Das von diesen Haushalten als mindestens erforderlich erachtete Einkommen liegt bei 86% des Medians.

12 Weitergehende Analysen zeigen, dass die Höhe des genannten Mindesteinkommens, neben der Höhe des tatsächlichen Einkommens, das vor allem das Anspruchsniveau bestimmt, insbesondere auch von Bedarfsfaktoren beeinflusst wird.

Alber, Jens, Lenarz, Philipp, 2008: Wachsende soziale Ungleichheit in Europa – Die Lebensqualität unterer Einkommenschichten in der erweiterten Europäischen Union. Informationsdienst Soziale Indikatoren 39: 1-5.

Atkinson, Tony, et al., 2002: Social Indicators. The EU and Social Inclusion. Oxford.

Guio, Anne-Catherine, 2009: What can be learned from deprivation indicators in Europe? Paper presented at the Indicator Subgroup of the Social Protection Committee. IWEPS, Namur. <http://statistiques.wallonie.be/dyn/14/fichiers/deprfina664.pdf>

Noll, Heinz-Herbert, Weick, Stefan, 2009: Wohnen in Deutschland: Teuer, komfortabel und meist zur Miete. Analysen zur Wohnsituation und Wohnqualität im europäischen Vergleich. Informationsdienst Soziale Indikatoren 41: 1-7.

Townsend, Peter, 1979: Poverty in the United Kingdom. Harmondsworth.

Whelan, Christopher T., Nolan, Brian, Maire, Bertrand, 2008: Measuring Material Deprivation in the Enlarged EU. ESRI Working Paper No. 249, Dublin.

#### ■ Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick, GESIS

Tel.: 0621 / 1246-241 und -245  
heinz-herbert.noll@gesis.org  
stefan.weick@gesis.org

## „Social Reporting in Europe: Different Ways of Adding Meaning to Numbers“

### 4. Konferenz zur europäischen Sozialberichterstattung

Vom 22.-24. März 2009 fand die vierte Konferenz „Social Reporting in Europe“ in dem Deutsch-Italienischen Zentrum „Villa Vigoni“ statt. Die diesjährige Tagung – mit Teilnehmern aus acht europäischen Ländern – beschäftigte sich mit dem Thema „Different Ways of Adding Meaning to Numbers“, also der Interpretation von statistischen Daten als Prozess der Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit: Wie werden statistische Daten und Parameter in „Narratives“ transformiert, welche Bezugsrahmen werden dabei angelegt und welche Bewertungen auf welcher Grundlage vorgenommen?

Diese Frage stellt sich in besonderer Weise auch für die Sozialberichterstattung, die mit dem Ziel, Zustand und Wandel von Gesellschaften auf einer repräsentativen empirisch-statistischen Datengrundlage zu beobachten und zu untersuchen, – anders als reine statistische Kompendien – neben den statistischen Daten auch Analysen und Interpretationen umfasst. Die Beiträge zu der Tagung haben aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet, wie sich die Problematik z.B. aus der Sicht der amtlichen Statistik, der wissenschaftlichen oder politikgetriebenen Sozialberichterstattung stellt, wie damit in

den verschiedenen nationalen und supranationalen Social Reports umgegangen wird und welche Lösungen bevorzugt werden.

Ein zweiter Teil der Tagung diente dem Erfahrungsaustausch unter den Akteuren der Sozialberichterstattung in verschiedenen europäischen Ländern und der EU-Kommission. Dazu wurden neue Ergebnisse und aktuelle Aktivitäten der nationalen und europäisch vergleichenden Sozialberichterstattung mit dem Ziel der gegenseitigen Information und des gegenseitigen Lernens vorgestellt und diskutiert. Erstmals wurde in diesem Rahmen auch der neue spanische Report „Barometro Social de España“ präsentiert.

Die Tagung wurde erneut von Heinz-Herbert Noll (GESIS, Mannheim) und Carla Collicelli (Censis, Rom) in enger Zusammenarbeit mit der Villa Vigoni organisiert. Das Veranstaltungsprogramm und die Mehrzahl der Präsentationen sind über die Website des Zentrums für Sozialindikatorenforschung zugänglich: <http://www.gesis.org/soziale-indikatoren/>

#### ■ Heinz-Herbert Noll, GESIS

Tel.: 0621 / 1246-241  
heinz-herbert.noll@gesis.org

# Bekenntnis zur Demokratie, Straffreiheit und Sprachkenntnisse wichtiger als Abstammung

## Einstellungen zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit

*Vor fast zehn Jahren, am 1. Januar 2000, ist in Deutschland ein neues Staatsangehörigkeitsgesetz in Kraft getreten. Eine der grundlegenden Neuerungen war dabei die Einführung von Elementen des sogenannten Bodenrechts (ius soli) für in Deutschland geborene Kinder von Ausländern und damit die Abkehr von einer vorrangig an der Abstammung (ius sanguinis) orientierten Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit. Die politische Diskussion um das sogenannte Optionsmodell – nach dem sich Kinder und Jugendliche, die gemäß des ius soli doppelte Staatsangehörigkeit erhalten hatten, mit Erreichen der Volljährigkeit für die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden müssen – hat mit den ersten entsprechenden Fällen im Jahr 2008 an Schärfe gewonnen. Ebenfalls umstritten war der im September 2008 eingeführte bundeseinheitliche Einbürgerungstest, mit dem Einbürgerungswillige nunmehr Grundkenntnisse über die Rechts- und Gesellschaftsordnung und die Lebensverhältnisse in Deutschland nachweisen müssen. Die bisherigen Resultate zeigen allerdings, dass die überwältigende Mehrheit der Kandidatinnen und Kandidaten den Test problemlos besteht.*

Der vorliegende Beitrag<sup>1</sup> beschäftigt sich mit der Frage, welche Einstellungen die deutschstämmige Mehrheitsbevölkerung, aber auch Ausländer bzw. Migranten selbst gegenüber dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit haben. Wer soll Deutscher werden dürfen, bzw. an welche Kriterien soll die Vergabe des deutschen Passes geknüpft werden? Eine geeignete Datenquelle hierzu ist die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), in deren Rahmen 1996 und 2006 diesbezügliche Einstellungen erhoben wurden. Somit ist auch eine Betrachtung von Veränderungen im Zeitverlauf möglich, die umso interessanter ist, weil in diesem Zeitraum die einleitend angesprochene Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts stattfand. Vorangestellt wird diesen Analysen ein Abschnitt zur Entwicklung der Einbürgerungszahlen seit 1996 sowie zu einigen sozio-demografischen Charakteristika von Eingebürgerten.

### Einbürgerungen von Ausländern seit 2000 rückläufig

Die Entwicklung der Einbürgerungen von Ausländern in Deutschland wird hier für den Zeitraum von 1996 bis 2008 betrachtet (Grafik 1). Nachdem die Zahlen bereits in den 1990er Jahren angestiegen waren und 1998 erstmals die Marke von 100.000 Personen überschritten wurde<sup>2</sup>, haben im Jahr 2000 – dem Jahr der Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts – insgesamt rund 187.000 Ausländerinnen und Ausländer einen deutschen Pass erworben. Dieser Höchststand ist seitdem nicht mehr erreicht worden. Insbesondere für die Jahre 2000 und 2001 ist davon auszugehen, dass sich in der Entwicklung auch Effekte der Gesetzesreform widerspiegeln. So wurde in diesen beiden Jahren beispielsweise ein Großteil der Einbürgerungen (über 40.000 Fälle) nach der Übergangsre-

gelung des §40b Staatsangehörigkeitsgesetz vollzogen, der bereits in Deutschland geborenen Kinder von Ausländern die Möglichkeit bot, die ius-soli-Regelung nachträglich in Anspruch zu nehmen (vgl. Worbs 2008). Der Rückgang der Einbürgerungen wurde 2006 kurzfristig unterbrochen, setzte sich aber 2007 und 2008 fort. Die im vergangenen Jahr registrierten 94.470 Einbürgerungen bedeuten gegenüber dem Wert des Jahres 2000 eine Verringerung um fast 50%.

Das wichtigste Herkunftsland von Eingebürgerten ist im gesamten betrachteten Zeitraum die Türkei. Die Zahl der Einbürgerungen von Personen mit türkischer Herkunft erreichte bereits 1999 mit 103.900 einen Höchststand. Im Jahr 2008 ließen sich hingegen nur noch 24.449 türkische Staatsangehörige einbürgern,

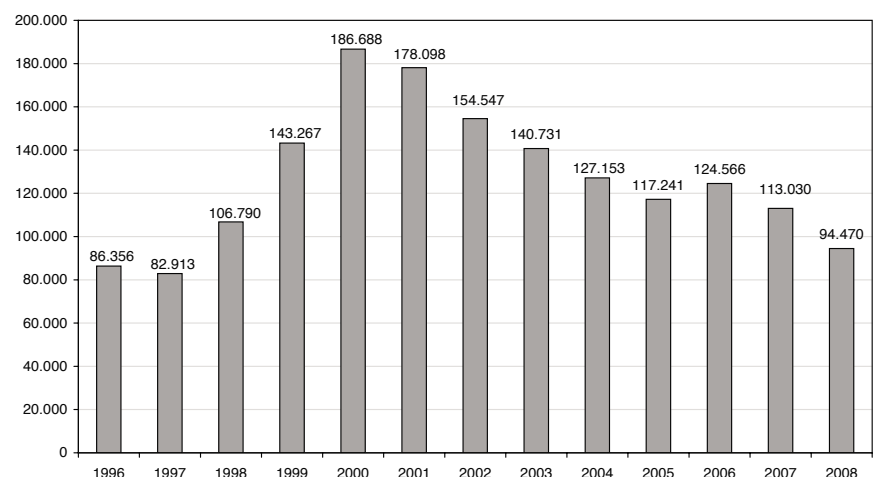
was rund einem Viertel aller Fälle entspricht. Weitere bedeutsame Herkunftsländer von Ausländern, die den deutschen Pass erwerben, sind das ehemalige Serbien und Montenegro bzw. seine Vorgänger- und Nachfolgestaaten, der Iran, Polen, Marokko und (verstärkt seit dem Jahr 2003) der Irak.

Eingebürgerte Ausländer zeigen seit dem Jahr 2000 eine fast ausgeglichene Geschlechtsstruktur (51% Männer, 49% Frauen). Es handelt sich überwiegend um jüngere Menschen: Das Durchschnittsalter lag 2007 bei 30,5 Jahren und 2008 bei 29,8 Jahren. Empirische Analysen mit verschiedenen Datenquellen, so dem BiB-Integrationsurvey (Haug 2005) oder dem Mikrozensus (MGFFI 2008), haben außerdem wiederholt gezeigt, dass Eingebürgerte im Vergleich zu Ausländern gleicher Herkunft eine höhere sozio-ökonomische Position einnehmen. Ob dieser Integrationsvorsprung durch die Einbürgerung an sich bewirkt wird oder dieser vorgelagert ist, ist bisher nicht hinreichend erforscht.

Die Untersuchung der Einstellungen zur Einbürgerung von Ausländern wird anhand der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) vorgenommen, die in den Jahren 1996 und 2006 erhob, welche Kriterien bei der Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit eine Rolle spielen sollen. Die Befragten wurden gebeten, auf einer siebenstufigen Skala (von 1 „überhaupt nicht wichtig“ bis 7 „sehr wichtig“) zu bewerten, wie wichtig es ist, dass die Person, die die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben will,

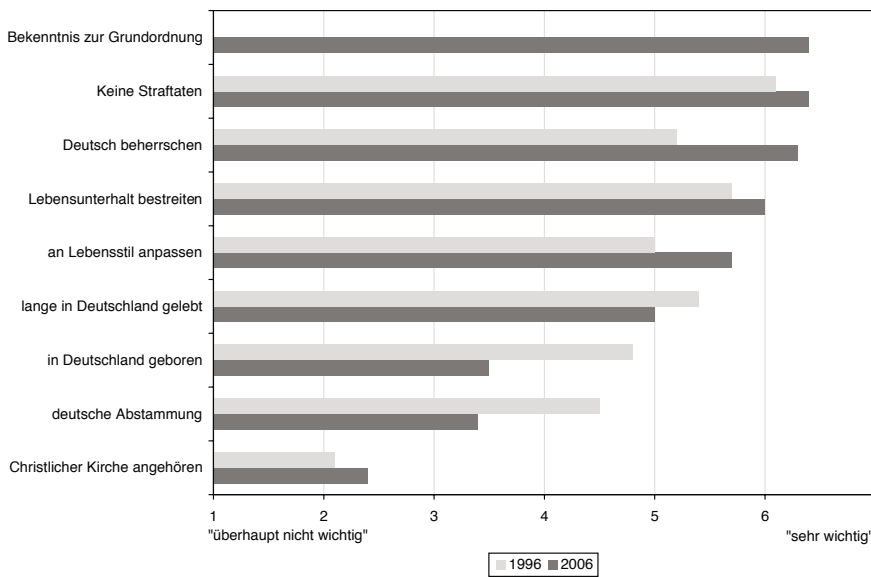
- in Deutschland geboren ist,
- deutscher Abstammung ist,
- die deutsche Sprache beherrscht,
- lange Zeit in Deutschland gelebt hat,
- bereit ist, sich an den Lebensstil der Deutschen anzupassen,
- einer christlichen Kirche angehört,
- Straftaten begangen hat,<sup>3</sup>
- für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen kann und

**Grafik 1: Einbürgerungen von Ausländern in Deutschland – 1996-2008**



Quelle: Statistisches Bundesamt

**Grafik 2: Einstellungen der gebürtigen Deutschen zur Einbürgerung – 1996 und 2006**



Datenbasis: ALLBUS 1996 und 2006, eigene Berechnung

– sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennt.

Bis auf das letzte Kriterium, das nur 2006 erhoben wurde, liegen für 1996 und 2006 identische Frageformulierungen vor, so dass eine Betrachtung der Entwicklungen im Zeitverlauf möglich ist. Zudem wurde in beiden Erhebungsjahren die Frage gestellt, ob Ausländer die Möglichkeit zur doppelten Staatsangehörigkeit haben sollten. Bei der Interpretation ist jedoch zu beachten, dass es sich beim ALLBUS – anders als etwa beim Sozio-Ökonomischen Panel – nicht um eine Längsschnittbefragung handelt. Ein Vergleich der Daten für die Jahre 1996 und 2006 spiegelt also nicht Einstellungsveränderungen derselben Befragten wider, sondern das Meinungsbild zweier aus unterschiedlichen Personen zusammengesetzter repräsentativer Bevölkerungsschnitte.

Die im Folgenden präsentierten Ergebnisse orientieren sich an zwei Fragestellungen: Wie werden die oben genannten Einbürgerungskriterien von Personen bewertet, die seit ihrer Geburt deutsche Staatsangehörige sind („gebürtige Deutsche“) und wie haben sich die Bewertungen im Beobachtungszeitraum verändert? Dabei wird auch betrachtet, wie sich West- und Ostdeutsche in ihren Beurteilungen unterscheiden.

Wie werden die Einbürgerungskriterien von Ausländern und Personen bewertet, die als Nicht-Deutsche geboren sind, sondern die deutsche Staatsangehörigkeit erst im Laufe ihres Lebens erworben haben („eingebürgerte Deutsche“)? Hier steht die Frage im Mittelpunkt, ob dieser Personenkreis andere Einstellungen zum Erwerb des deutschen Passes hat als die gebürtigen Deutschen und ob diesbezüglich Veränderungen zu beobachten sind.

**Bekenntnis zur Demokratie, Straffreiheit und Beherrschung der deutschen Sprache als zentrale Voraussetzungen**

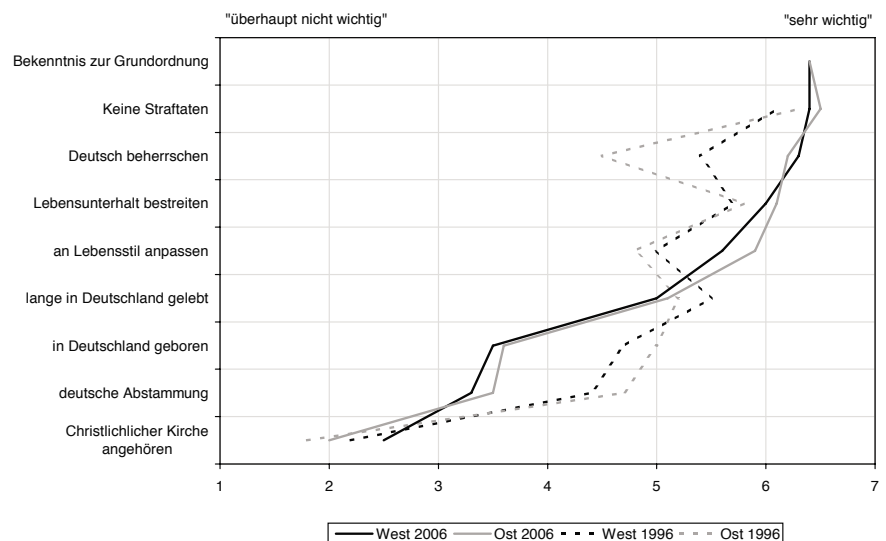
Wie die gebürtigen Deutschen die Wichtigkeit der genannten Einbürgerungskriterien in den Jahren 1996 und 2006 beurteilen, wird in Grafik 2 dargestellt. Betrachtet man zunächst nur das Jahr 2006, so ist eine klare Hierarchie der Kriterien zu erkennen: Das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und Straffreiheit (Skalenmittelwert jeweils 6,4) sowie das Beherrschen der deutschen Sprache (6,3) werden von den gebürtigen Deutschen als die wichtigsten Voraussetzungen einer Einbürgerung angesehen. Als nicht ganz so zentral, aber immer noch sehr wichtig werden die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts (6,0), eine Anpassung des Lebensstils an

den der Deutschen (5,7) sowie eine möglichst lange Aufenthaltsdauer in Deutschland (5,0) bewertet. Weniger wichtig ist hingegen, ob ein Einbürgerungskandidat in Deutschland geboren oder deutscher Abstammung ist oder einer christlichen Kirche angehört.

Die beiden Kriterien „Abstammung“ und „Geburt“ haben in dem Zeitraum seit 1996 einen deutlichen Bedeutungsverlust erfahren; die entsprechenden Werte haben sich um mehr als einen Skalenpunkt verringert. Ein Bedeutungszuwachs lässt sich hingegen bei den Kriterien „deutsche Sprache beherrschen“ und „Lebensstilanpassung“ beobachten, in etwas geringerem Maße auch bei der Straffreiheit, bei der eigenständigen Sicherung des Lebensunterhalts und bei der Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche. Mit anderen Worten: Ethnische bzw. abstammungsbezogene Gesichtspunkte haben in der Sicht der gebürtigen Deutschen zwischen 1996 und 2006 an Gewicht verloren. Nun werden für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit vorwiegend Anpassungsleistungen von Migranten, vor allem im Hinblick auf Sprache und Lebensstil, gefordert.

Der Vergleich von West- und Ostdeutschland ergibt nur geringe Unterschiede (Grafik 3): Lediglich das Kriterium „christlicher Kirche angehörig“ wird von der ostdeutschen Bevölkerung als weniger wichtig erachtet, was angesichts der stärkeren Säkularisierung dieses Landesteils nicht verwunderlich erscheint. In den neuen Bundesländern sind außerdem die bereits geschilderten Tendenzen – Bedeutungsverlust von Geburt und Abstammung sowie Bedeutungsgewinn von Sprachbeherrschung und Lebensstilanpassung – noch etwas stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Besonders fällt dies beim Kriterium „Sprache“ ins Auge, bei dem der Skalenmittelwert für Ostdeutsche zwischen 1996 und 2006 um mehr als anderthalb Skalenpunkte gestiegen ist.

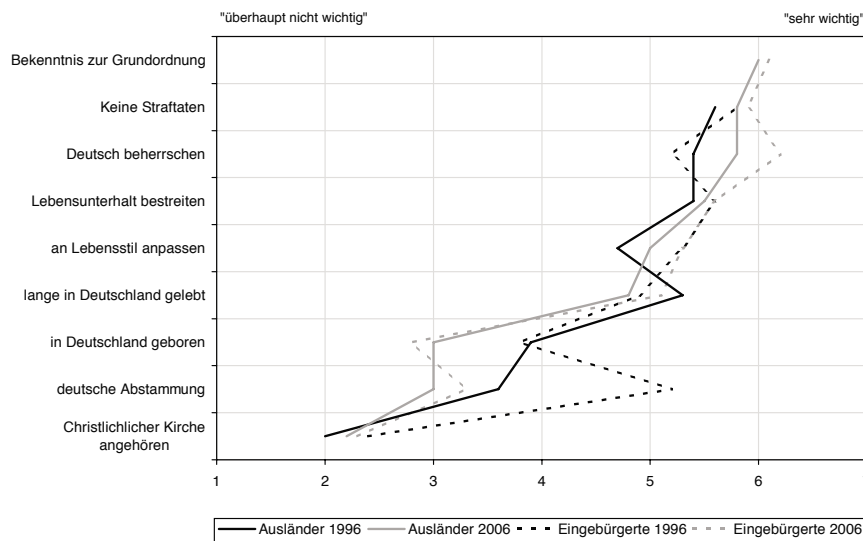
**Grafik 3: Einstellungen der gebürtigen Deutschen in West- und Ostdeutschland zur Einbürgerung – 1996 und 2006**



Datenbasis: ALLBUS 1996 und 2006, eigene Berechnung



**Grafik 4: Einstellungen der Ausländer und der eingebürgerten Deutschen zur Einbürgerung – 1996 und 2006**



Datenbasis: ALLBUS 1996 und 2006, eigene Berechnung

Wie werden die Einbürgerungskriterien nun von Ausländern und Personen beurteilt, die nicht schon seit ihrer Geburt Deutsche sind, d.h. für Personen, für die der (bewusste) Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit eine praktische Relevanz besitzt, weil sie diesen Schritt entweder bereits vollzogen haben oder in Erwägung ziehen könnten? Aufgrund der Fallzahlen wird in diesem Teil der Analyse keine Unterscheidung nach den Erhebungsgebieten Ost- und Westdeutschland vorgenommen.<sup>5</sup>

Im Vergleich dieser beiden Gruppen fällt auf, dass es 2006 keine gravierenden Differenzen im Meinungsbild gibt (Grafik 4). Die eingebürgerten Deutschen stufen sämtliche Kriterien – mit Ausnahme der Geburt in Deutschland – als etwas wichtiger ein als Ausländer, insbesondere aber die Kriterien „Sprache“ und „Lebensstilanpassung“. Im Zeitvergleich ist vor allem ein Punkt auffällig: Die eingebürgerten Deutschen haben die Relevanz des Kriteriums „Abstammung“ 1996 sehr hoch bewertet, sogar höher als die gebürtigen Deutschen in West und Ost. In diesem Resultat spiegelt sich möglicherweise das Meinungsbild von (Spät-) Aussiedlern wider, die einen beachtlichen Teil dieser Befragten ausmachen dürften und bei denen die Abstammung zentrales Kriterium für die Zuwanderung und den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ist. Aber auch für diese Gruppe ist, wie bei allen anderen hier betrachteten, ein deutlicher Bedeutungsverlust ethnischer Zugehörigkeitskriterien zwischen 1996 und 2006 festzustellen und gleichzeitig ein Zugewinn bei den Kriterien Sprache, Lebensstilanpassung und Straffreiheit.

Das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, für das nur 2006 Daten vorliegen, erfährt bei Ausländern und eingebürgerten Deutschen eine ähnlich hohe Zustimmung wie bei gebürtigen Deutschen. Für alle unterschiedenen Bevölkerungsgrup-

pen genießt dieses Kriterium im Jahr 2006, gemeinsam mit Straffreiheit und Beherrschung der deutschen Sprache, die höchste Priorität.

**Doppelte Staatsangehörigkeit von Ausländern befürwortet und von Deutschen abgelehnt**

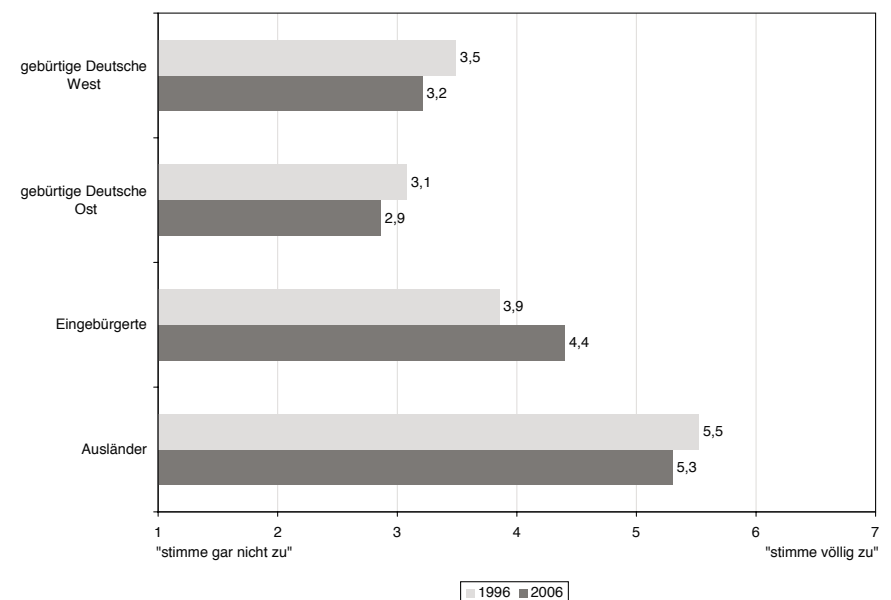
Die Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit für Ausländer wird anhand einer siebenstufigen Antwortskala bewertet, die von 1 („stimme gar nicht zu“) bis 7 („stimme völlig zu“) reicht. In dieser Frage gibt es eine klare Meinungsdivergenz zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die auch über die Zeit erhalten bleibt (Grafik 5). Insgesamt stimmen die Ausländer der Möglichkeit der Doppelstaatigkeit deutlich stärker zu als die gebürtigen Deutschen, wobei sich die Ostdeutschen noch etwas ablehnender

zeigen als die Westdeutschen. Die Eingebürgerten nehmen eine Position zwischen den Ausländern einerseits und den gebürtigen Deutschen andererseits ein. Anders als bei den übrigen Gruppen hat hier die Zustimmung zur doppelten Staatsangehörigkeit zwischen 1996 und 2006 deutlich zugenommen. Dies mag auf den schon genannten Kompositionseffekt zurückzuführen sein, nach dem sich unter den Eingebürgerten in der Befragung von 1996 größere Anteile von (Spät-)Aussiedlern befinden, 2006 hingegen auch vermehrt eingebürgerte Ausländer.

Dieses Ergebnis stimmt mit dem Befund aus anderen Untersuchungen überein, dass für Ausländer in Deutschland – insbesondere für die größte Gruppe der türkischen Staatsangehörigen – die Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit die Einbürgerungsneigung spürbar erhöhen würde bzw. dass der Wunsch nach Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit einer Einbürgerung oft entgegensteht (z.B. Sauer 2007, Worbs 2008). Bei der ablehnenden Haltung der gebürtigen Deutschen mögen vor allem Befürchtungen mangelnder Loyalität und eine angenommene Privilegierung von Doppelstaatlern eine Rolle spielen. Allerdings wurde seit der Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 fast die Hälfte aller Einbürgerungen (47% in kumulierter Betrachtung) unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit der Betroffenen vollzogen, vor allem bei EU-Bürgern und bei Zuwanderern aus Ländern, bei denen eine Entlassung aus der Staatsangehörigkeit nicht möglich oder zumutbar ist.

In den vorgestellten Analysen zeigen sich, mit Ausnahme des Themas „Doppelpass“, relativ geringe Differenzen zwischen Deutschen und Migranten in den Einstellungen zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit, sowohl was die Wertigkeit einzelner Kriterien als

**Grafik 5: Zustimmung zur Möglichkeit doppelter Staatsangehörigkeit – 1996 und 2006**



Datenbasis: ALLBUS 1996 und 2006, eigene Berechnung

auch die Entwicklung zwischen 1996 und 2006 angeht. Offenbar haben sich – trotz Unterschieden im absoluten Niveau der Zustimmung – in diesem Zeitraum ähnliche Einstellungsveränderungen in verschiedenen Bevölkerungsgruppen vollzogen. Erkennbar ist eine Entwicklung weg von angeborenen oder „ethnischen“ Kriterien (Abstammung, Geburt) hin zu verhaltensorientierten bzw. „leistungsbezogenen“ Kriterien (Straffreiheit, Sprachbeherrschung, Lebensstilanpassung, Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung).

In diesen Einstellungsverschiebungen dürfte sich die politische und öffentliche Diskussion über Staatsangehörigkeitsfragen und die Integration von Migranten in Deutschland im betrachteten Zeitraum widerspiegeln. Die Abkehr von einem vorrangig auf Abstammung und Geburt bezogenen Konzept der Zugehörigkeit zur deutschen Nation, wie sie mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes im Jahr 2000 vollzogen wurde, könnte mit dazu beigetragen haben, dass die entsprechenden Kriterien nun auch in der Mehrheitsbevölkerung als weniger wichtig für eine Einbürgerung angesehen werden. Andererseits wird inzwischen sehr viel größerer Wert darauf gelegt, dass Zuwanderer die deutsche Sprache beherrschen und sich an den hiesigen Lebensstil anpassen; es werden also Integrationsleistungen eingefordert. Letzteres ist ein Ergebnis, zu dem auch Terwey und Scheuer (2007) anhand einer Auswertung von anderen ALLBUS-Fragen zur Einstellung gegenüber Ausländern kommen. Damit übereinstimmend wurde die Einführung eines bundeseinheitlichen Einbürgerungstests im September 2008 in der deutschen Bevölkerung überwiegend zustimmend bewertet, wie z.B. eine repräsentative EMNID-Umfrage im Juni desselben Jahres zeigte.<sup>6</sup> Mehrheitlich abgelehnt wird hingegen nach wie vor die Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit von Ausländern bei der Einbürgerung.

Durchaus überraschend ist das Resultat, dass sich Ausländer und eingebürgerte Deutsche in ihren Einstellungen zu Kriterien beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nicht sehr stark von der deutschstämmigen Bevölkerung unterscheiden. Eine deutliche Meinungsdivergenz besteht nur beim Thema „doppelte Staatsangehörigkeit“, einer Möglichkeit, der die im ALLBUS befragten Menschen nichtdeutscher Herkunft mehrheitlich positiv gegenüberstehen, was sich auch schon in anderen Untersuchungen gezeigt hat. Der im Jahr 2008 eingeführte bundeseinheitliche Einbürgerungstest wurde zwar von Migrantenverbänden überwiegend kritisch gesehen, die bisherigen Resultate zeigen aber, dass die überwältigende Mehrheit der Kandidatinnen und Kandidaten (fast 99%) den Test problemlos besteht.

1 Einige Resultate wurden bereits in Worbs (2008) veröffentlicht. Die Autorin dankt Robin Pötke und Dr. Christian Babka von Gostomski für Unterstützung bei der Recherche und Datenanalyse.

- 2 Die Zahlen für die 1990er Jahre sind mit einer gewissen Unsicherheit behaftet, da Einbürgerungen von Ausländern nicht klar von denen von (Spät-)Aussiedlern getrennt werden können und zudem für das Bundesland Hamburg von 1997-1999 keine Einbürgerungszahlen vorliegen. Die hier für 1996-1999 verwendeten Angaben sind aus dem Migrationsbericht 2005 im Auftrag der Bundesregierung entnommen (Bundesministerium des Innern 2005: 172).
- 3 Dieses Kriterium wird im Folgenden so interpretiert, dass Einbürgerungskandidaten möglichst keine Straftaten begangen haben sollten.
- 4 Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht seit ihrer Geburt besitzen, haben diese im Regelfall durch Einbürgerung oder den (Spät-)Aussiedlerstatus erworben. (Spät-)Aussiedler mussten bis August 1999 ebenfalls ein formales Einbürgerungsverfahren durchlaufen, seitdem erhalten sie die deutsche Staatsangehörigkeit automatisch kraft Gesetzes (Worbs 2008: 10). Im ALLBUS wird zwar erhoben, ob die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt erworben wurde, jedoch wird nicht nach der Art des späteren Erwerbs bei Personen gefragt, bei denen kein Geburtserwerb vorliegt. Auch der Einreisestatus als (Spät-)Aussiedler wird nicht erhoben.
- 5 Im Jahr 1996 befanden sich in der ALLBUS-Stichprobe insgesamt 209 Ausländer und 113 eingebürgerte Deutsche (9% aller Befragten), im Jahr 2006 227 Ausländer und 155 Eingebürgerte (11%). Sie werden im Folgenden jeweils getrennt betrachtet. Bei den Ausländern bilden in beiden ALLBUS-Befragungsjahren türkische Staatsangehörige die größte Gruppe, 1996 gefolgt von Staatsangehörigen des ehemaligen Jugoslawiens, Italiens und Griechenlands. 2006 sind außerdem die ehemalige UdSSR und Polen zu nennen. Bei Eingebürgerten ist die frühere UdSSR in beiden Jahren das wichtigste Herkunftsland, 1996 gefolgt von Polen und Rumänien, 2006 von der Türkei und Polen. Es dürfte sich bei den Ausländern also mehrheitlich um frühere Gastarbeiter und deren Nachkommen handeln, bei den Eingebürgerten sowohl um (Spät-)Aussiedler als auch um frühere Ausländer.
- 6 <http://www.sueddeutsche.de/politik/647/445384/text/print.html>, abgerufen am 06.04.2009. Einzelheiten zur Gestaltung des Einbürgerungstests sind der folgenden Webseite zu entnehmen: [http://www.integration-in-deutschland.de/nm\\_442016/SubSites/Integration/DE/02\\_Zuwanderer/Einbuergerungstest/einbuergerungstest-inhalt.html?\\_\\_nnn=true](http://www.integration-in-deutschland.de/nm_442016/SubSites/Integration/DE/02_Zuwanderer/Einbuergerungstest/einbuergerungstest-inhalt.html?__nnn=true)

Bundesministerium des Innern (Hg.), 2005: Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2005. Berlin.

Haug, Sonja, 2005: Fazit. S. 337-352 in:

Sonja Haug, Claudia Diehl (Hg.), Aspekte der Integration. Eingliederungsmuster und Lebenssituation italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MGFFI), 2008: Nordrhein-Westfalen: Land der neuen Integrationschancen. 1. Integrationsbericht der Landesregierung. Düsseldorf.

Sauer, Martina, 2007: Die Integration türkischstämmiger Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der achten Mehrthemenbefragung. Eine Analyse im Auftrag des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. Essen: Zentrum für Türkeistudien.

Terwey, Michael, Scheuer, Angelika, 2007: Etwas mehr Anpassung gewünscht. Einstellungen zur Integration von Ausländern in Deutschland. Informationsdienst Soziale Indikatoren 38: 12-14.

Worbs, Susanne, 2008: Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland. Working Paper 17 der Forschungsgruppe des Bundesamtes (aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 3). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. 2., aktualisierte Auflage.

**Susanne Worbs, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Nürnberg**

Tel.: 0911 / 943-4502

susanne.worbs@bamf.bund.de

# 20 Jahre Fall der Mauer – (Zwischen-)Bilanz der Lebensverhältnisse in Deutschland

Jahrestagung der Sektion Soziale Indikatoren der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS)  
9.-10. November 2009, Berlin

– In Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB),  
der Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin  
und dem Zentrum für Sozialindikatorenforschung von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften –

Mit dem Fall der Mauer vor 20 Jahren wurde die Teilung Deutschlands beendet und der Weg zur Einheit Deutschlands begann. Die Sektion Soziale Indikatoren lädt an diesem historischen Jahrestag zu ihrer Tagung nach Berlin ein, um anhand von sozialen Indikatoren sowie empirischen Analysen den bisherigen Verlauf der Vereinigung der Lebensverhältnisse in den alten und neuen Bundesländern zu bilanzieren.

Im Mittelpunkt der Tagung soll die Frage stehen, wie und in welchem Tempo sich die Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland gewandelt haben und in welchen Bereichen sich vermutlich Unterschiede auf Dauer verfestigen werden. In zwölf Beiträgen werden für zentrale Lebensbereiche sowohl gemeinsame als auch unterschiedliche Entwicklungspfade im Prozess der Vereinigung thematisiert und dabei sowohl auf objektive wie subjektive Dimensionen Bezug genommen. Am Abend des Mauerfalljubiläums ist zudem eine offene Diskussionsrunde mit Vertretern politischer Parteien vorgesehen.

## Tagungsprogramm

### Montag, 9. November 2009, 13:00 bis 18:00, WZB

Jürgen Schupp (DIW) und Roland Habich (WZB): Einleitung in die Tagung

Wolfgang Scheremet (BMWi): Am Ende sind wir immer klüger – Szenarien der Ost-West-Konvergenz aus heutiger Sicht

Roland Verwiebe (Universität Wien), Johannes Giesecke (WZB) und Patrick Präg (Universität Hamburg): Einkommenspolarisierung in Ost- und Westdeutschland. Analysen mit dem Sozio-oekonomischen Panel für die Jahre 1991 bis 2008

Jan Goebel (DIW), Roland Habich (WZB) und Peter Krause (DIW): Zur Angleichung von Einkommen und Lebensqualität im vereinigten Deutschland

Elke Holst (DIW): Arbeitszeitwünsche und -realität von abhängig beschäftigten Frauen und Männern in West- und Ostdeutschland 1993 bis 2007

Annette Spellerberg (TU Kaiserslautern): Variationen von Lebensstilen in West- und Ostdeutschland

Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick (GESIS): Subjektives Wohlbefinden und Aspirationsniveaus: Eine vergleichende Analyse der Entwicklungen in den alten und neuen Bundesländern

### Dienstag, 10. November 2009, 9:00 bis 13:30, DIW Berlin

Joachim R. Frick und Steffie Grimm (DIW): Wohnen in Deutschland nach dem Mauerfall

Lars Kroll und Thomas Lampert (RKI): Entwicklung der Gesundheit von Ost- und Westdeutschen seit dem Mauerfall

Andreas Motel-Klingebiel, Julia Simonson und Clemens Tesch-Römer (DZA): Lebensverhältnisse im höheren Lebensalter: Ost-West-Differenzen im sozialen Wandel

Ralf K. Himmelreicher (FDZ-RV): Entwicklung und Verteilung der Altersrenten in den alten und den neuen Bundesländern: Angleichung der Lebensverhältnisse oder zunehmende Ungleichheit?

Anna Klein und Sandra Legge (Universität Bielefeld): Benachteiligungsgefühle und Identifikation in Ost- und Westdeutschland

Bernhard Christoph (IAB): Zur Entwicklung der Zufriedenheit in Ost- und Westdeutschland seit den 1990er Jahren: unterschiedliche Entwicklungsmuster, Gewinner und Verlierer

Die Tagung wird am 9. November in den Räumen des Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, Berlin (WZB), Reichpietschufer 50, 10785 Berlin – ehemals West-Berlin – und am 10. November in den Räumen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Mohrenstraße 58, 10117 Berlin – ehemals Ost-Berlin – stattfinden. Die Mitgliederversammlung der Sektion Soziale Indikatoren findet am Montag, den 9. November im Anschluss an die Sektionsveranstaltung im WZB statt. Anmeldungen zur Tagung richten Sie bitte bis zum 15. Oktober an [sozialindikatoren@wzb.eu](mailto:sozialindikatoren@wzb.eu).

**Herausgeber**

GESIS – Leibniz-Institut für  
Sozialwissenschaften  
Zentrum für Sozialindikatorenforschung

Postfach 12 21 55  
D-68072 Mannheim  
Telefon 06 21 / 12 46-0  
www.gesis.org/soziale-indikatoren

**Verantwortlich für den Inhalt**

Dr. Heinz-Herbert Noll

**Redaktion**

Dr. Angelika Scheuer

**Satz und Druck**

Verlag Pfälzische Post GmbH  
Winzinger Straße 30,  
67433 Neustadt/Weinstraße

**Gestaltung**

Kognito, Berlin

GESIS e.V. ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;  
Beleg erbeten  
ISSN 0935-218X

## Call for Papers

# Soziale Indikatoren im Rahmen des XVII. Weltkongresses für Soziologie

11.-17. Juli 2010, Göteborg

Der XVII. World Congress of Sociology der International Sociological Association (ISA), der 2010 in Göteborg stattfindet, steht unter dem Motto „Sociology on the Move“. Das Research Committee „Social Indicators“ (RC 55) veranstaltet in diesem Rahmen sieben thematische Sessions zu verschiedenen Fragen der Sozialindikatorenforschung sowie vier ‚joint sessions‘ in Kooperation mit anderen Research Committees:

Session 1: Social Indicators of Progress in Societies (Organizer: Valerie Møller, Rhodes University, Grahamstown, South Africa, v.moller@ru.ac.za)

Session 2: Social Indicators of Subjective Well-Being and Happiness (Organizer: Ruut Veenhoven, Erasmus University, Rotterdam, The Netherlands, veenhoven@fsw.eur.nl)

Session 3: Social Indicators of Migration and the Integration of Migrants (Organizer: Rob Bijl, Netherlands Institute for Social Research/SCP, The Hague, The Netherlands, r.bijl@scp.nl)

Session 4: Reciprocity, Social Ties and Well-Being: Indicators and Comparative Studies (Organizer: Ming-Chang Tsai, National Taipei University, Taiwan, mtsai@mail.ntpu.edu.tw)

Session 5: Inequality, Insecurity and Well-Being – Indicators and Analyses (Organizer: Christian Suter, University of Neuchâtel, Switzerland, christian.suter@unine.ch)

Session 6: Social Indicators and Policy Making. (Organizer: Ming-Chang Tsai, National Taipei University, Taiwan, mtsai@mail.ntpu.edu.tw)

Session 7: Social Indicators ‚on the Move‘ (Organizer: Heinz-Herbert Noll, GESIS – Leibniz Institute for the Social Sciences, Mannheim, Germany, heinz-herbert.noll@gesis.org)

Joint Session of RC 55 „Social Indicators“ and RC 11 „Sociology of Aging“:

Worlds of Difference in Qualities of Life for Older People Living in Developing and Developed Countries (Organisers: Valerie Møller, Rhodes University, Grahamstown, South Africa, v.moller@ru.ac.za and Jaco Hoffman, Oxford University, Oxford, United Kingdom, jacobus.hoffman@ageing.ox.ac.uk)

Joint Session of RC 11 „Sociology of Aging“ and RC 55 „Social Indicators“:

Older People’s Contributions to Societal Well-Being (Organizers: Sara Arber, University of Surrey, Guildford, United Kingdom, s.arber@surrey.ac.uk and Wolfgang Glatzer, Goethe University, Frankfurt a.M., Germany, glatzer@soz.uni-frankfurt.de)

Joint Session of RC 55 „Social Indicators“ and RC 24 „Environment and Society“:

Sustainability and Quality of Life: Concordant or Conflicting Goals of Societal Development? (Organizers: Heinz-Herbert Noll, GESIS – Leibniz Institute for the Social Sciences, Mannheim, Germany, heinz-herbert.noll@gesis.org and Mercedes Pardo Buendia, University Carlos III of Madrid, Spain, mercedes.pardo@uc3m.es)

Joint Session of RC 55 „Social Indicators“ and RC 53 „Sociology of Childhood“:

Assessing Children’s Quality of Life (Organizers: Heinz-Herbert Noll, GESIS – Leibniz Institute for the Social Sciences, Mannheim, Germany, heinz-herbert.noll@gesis.org and Doris Bühler-Niederberger, University of Wuppertal, Germany, buehler@uni-wuppertal.de)

**Die Programmkoordination liegt bei Heinz-Herbert Noll.**

**Ein ausführlicher Call for Papers findet sich unter: <http://www.isa-sociology.org/congress2010/rc/rc55.htm>.**

**Die Deadline für die Einreichung von abstracts bei den Organisatoren der jeweiligen Sessions ist der 30. November 2009.**